Die Zollvereinskrise von 1850—1853.

I. Die Verhandlungen
bis zum Vertrage zwischen Preußen und Hannover 1851.

II. Die Entwicklung der Krise bis zum Abschluß
des preußisch-österreichischen Handelsvertrages 1853.

Inaugural-Dissertation
zur Erlangung der Doktorwürde
der Hohen Philosophischen Fakultät
der Martin Luther-Universität Halle-Wittenberg

vorgelegt von

Barbara Roloff
aus Gießen.

Halle (Saale) 1937.

1. Berichterstatter: Professor Dr. Hans Herzfeld.
2. Berichterstatter: Professor Dr. Walther Holtzmann.

Tag der mündlichen Prüfung: 19. Februar 1936.

R. UNIV.
BIBLIOTHEEK
LEIDEN

Mit Genehmigung der Hohen Philosophischen Fakultät erscheint hier nur der erste Teil: „Die Verhandlungen bis zum Vertrage zwischen Preußen und Hannover 1851"; die gesamte Arbeit wird im „Archiv für hessische Geschichte und Altertumskunde" 1938 gedruckt werden.

Vorwort.

Der nachstehende Text gibt die Anfangskapitel einer umfangreicheren Arbeit wieder, die im Februar 1935 der Philosophischen Fakultät der Universität Halle als Dissertation vorgelegt wurde. Sie ist entstanden auf Grund des Studiums ungedruckter Akten des Preußischen Staatsarchivs in Berlin und des Hessischen Staatsarchivs in Darmstadt, die mir in entgegenkommender Weise zur Verfügung gestellt wurden. Die Darstellung der Zollvereinskrise von 1850 bis 1853, die im nächsten Jahre in dem „Archiv für hessische Geschichte und Altertumskunde" erscheinen wird, ist das Ergebnis. Da der Teildruck ein zusammenhängendes Ganzes darstellen muß, war es nötig, hierfür die Anfangskapitel zu nehmen, während die Hauptausbeute aus den Akten erst im Hauptteil der Arbeit enthalten ist, der aber nicht aus dem Zusammenhang herausgenommen werden konnte.

Im Jahre 1911 erschien in den Straßburger Beiträgen zur neueren Geschichte (Bd. IV, 1. und 2. Heft) eine Darstellung derselben Phase der Zollvereinsgeschichte von A. Gärtner, die sich hauptsächlich auf die Benutzung österreichischer Akten gründet. Indessen ergab sich für mich aus den Berliner und Darmstädter Akten in vielem ein wesentlich anderes Bild, besonders von dem Verlauf und schließlichen Erfolg der preußischen Politik. Doch verdanke ich dieser gründlichen Arbeit wertvolle Aufschlüsse über die Beweggründe der handelnden Staatsmänner in Österreich und Einblicke in das österreichische Aktenmaterial, die mir um so willkommener waren, da mir eine erneute Durchsicht des Wiener Materials nicht möglich war.

Frankfurt a. M., 23. September 1937.

Barbara Roloff.

Digitized by the Internet Archive
in 2026

https://archive.org/details/IA41548123_0097

Inhaltsverzeichnis.

Seite

I. Einleitung 7
II. Die Bruckschen Zollpläne und die Zollverhandlungen im Jahre 1850 14
III. Die Verhandlungen im Jahre 1851 bis zum Abschluß des Septembervertrages 28
IV. Die Kündigung des Zollvereins und die erste Zollkonferenz in Wien . . . . . .
V. Die Ministerkonferenzen der Mittelstaaten in Bamberg und Darmstadt . . . . . .
VI. Die Zollvereinskonferenz in Berlin . . . . . .
VII. Die zweite Konferenz in Wien und die direkte Verständigung der beiden Großmächte . . . . . .

Abkürzungen.

A. A. Z. = Augsburger Allgemeine Zeitung.
B. A. = Berliner Archiv.
D. A. = Darmstädter Archiv.
Ges. W. = Gesammelte Werke.
Posch. Pr. a. P. = Poschinger Preußens auswärtige Politik.
„ Pr. i B. = Poschinger Preußen im Bundestag.
„ U. Fr. W. IV. = Poschinger Unter Friedrich Wilhelm IV.

I.

Einleitung.

Seit der Revolution von 1848 war Deutschland erfüllt von dem Ringen der beiden deutschen Großmächte um die Vorherrschaft. Während beide vor der Revolution, beherrscht von den Ideen der heiligen Allianz, das Bestreben gehabt hatten, in den großen politischen Fragen möglichst einheitlich aufzutreten, waren in der innerdeutschen Politik schon deutliche Gegensätze bemerkbar geworden, die sich aus der Natur ihrer Stellung ergaben.[1]) Nun aber hatte sich während der Revolution der Gegensatz von Großdeutsch und Kleindeutsch deutlich herausgebildet, von dem die Bevölkerungen mit Leidenschaft ergriffen worden waren. Zwischen den beiden großen Gegnern standen die Mittelstaaten, deren Regierungen von dem Wunsche beseelt waren, sich selbständig den Großmächten gegenüber zu behaupten. Daher suchten sie in dem Kampf um die Vorherrschaft möglichst das Gleichgewicht zwischen Österreich und Preußen zu erhalten, denn es bestand für sie die Hoffnung, dann vermitteln und den Ausschlag geben zu können. Daß sie dabei mehr zu Österreich als zu Preußen hinneigten, war natürlich. Denn Preußen war ja für ihre Souveränität viel gefährlicher als Österreich; durch seine Lage in Deutschland war es mit der Schicksalsgemeinschaft der deutschen Staaten unauflöslich verbunden. Ein Kleindeutschland unter preußischer Führung ohne Österreich war möglich; ein Deutschland unter österreichischer Führung ohne Preußen nicht. Daher widersetzten sich die Mittelstaaten unter Bayerns Führung der Unionspolitik, die ja Österreichs ausgleichenden Einfluß beseitigt hätte. Und auch diejenigen, die sich zuerst an der Union beteiligt hatten, Sachsen und Hannover, fielen wieder ab, als sie nach der Niederwerfung der ungarischen Revolution wieder auf Österreichs Hilfe rechnen konnten. Denn Österreich, das zum größten Teil außerhalb Deutschlands lag, konnte niemals eine starke einheitliche Gewalt in

[1]) Als Beispiel sei nur auf die Unterstützung des — doch hauptsächlich gegen Preußen gerichteten — mitteldeutschen Handelsvereins durch Österreich hingewiesen. Ja, man dachte auch an die militärische Zusammenfassung dieser Staaten in ein Bundesarmeekorps (Akten z. Vorgeschichte u. Begründung des Zollvereins II, S. 411—416).

Deutschland ausüben, solange es nicht auf seine Eigenstaatlichkeit verzichtete. Gerade diese hatte aber Schwarzenberg durch die österreichische Gesamtstaatsverfassung neu befestigt und, da er zugleich den Anspruch auf die Führung in Deutschland nicht aufgab, den deutschen Einheitsstaat unmöglich gemacht. Dagegen war sein Plan, statt dessen den völkerrechtlichen Bund der siebzig Millionen zu setzen, der ein einheitliches Wirtschaftsgebiet bilden sollte, den Mittelstaaten sehr willkommen, weil er die preußische Hegemonie unmöglich machte — innerhalb dieses Bundes wäre der starke Einheitsstaat Österreich natürlich durch sein Schwergewicht maßgebend gewesen — und außerdem durch die von Schwarzenberg vorgesehene Einteilung Deutschlands in Kreise den Mittelstaaten eine ziemlich unabhängige und gleichberechtigte Stellung gewährte. Der Plan entbehrte durchaus nicht des nationalen Elementes; er wollte mit Hilfe von ganz Deutschland die Eindeutschung der Slawen und Magyaren bewerkstelligen.[2]) Dabei hatten sie durchaus nicht die Absicht, sich völlig für die österreichischen Pläne einzusetzen. Aber Österreich hatte doch auf ihr staatliches und wirtschaftliches Dasein eine viel geringere Einflußmöglichkeit als Preußen, und deshalb empfahl es sich, im Bunde mit Österreich nach möglichster Wahrung ihrer Selbständigkeit zu streben. Wenn es ihnen gelang, eine direkte Verständigung der beiden Großmächte über ihre Köpfe weg, wie sie vor 1848 bestanden hatte, zu verhindern, dann konnte das Ideal der Trias[3]), d. h. des Handelns und Vermittelns zwischen den Großmächten als selbständige dritte Macht verwirklicht werden.

Analog zu diesen politischen Verhältnissen lagen die wirtschaftlichen. Preußen hatte infolge seiner geographischen Lage und seiner wirtschaftlichen Zustände mit den meisten mittel- und süddeutschen Staaten den Zollverein schließen können, in dem es natürlich dominierte. Schwarzenberg suchte deshalb in seinem Streben nach Österreichs Vormachtstellung in Deutschland den Zollverein zu sprengen und die Donaumonarchie, die bis jetzt handelspolitisch vollkommen

[2]) Srbik, Deutsche Einheit I, S. 428.

[3]) Schon nach 1815 hatte der württembergische Staatsminister und Bundesgesandte Frhr. v. Wangenheim den Gedanken der Trias vertreten. Es gab auch eine Richtung, die die Anlehnung dieser Staaten an Frankreich, also den Rheinbund, wünschte. Die Anlehnung an eine Großmacht, sei es Österreich oder Frankreich, mußte die natürliche Folge der Triaspolitik sein, wenn sie konsequent durchgeführt wurde. Bei den Darmstädter Handelskonferenzen (1820—1823) zeigten die Mittelstaaten schon das Bestreben, die Trias in der Handelspolitik zu verwirklichen, mit der Absicht, ein drittes, aus den mittleren und kleineren deutschen Staaten bestehendes Zollgebiet dem der beiden Großmächte gegenüber zu setzen (Albrecht, a. a. O., S. 106). Damit verfolgte Wangenheim den Zweck, diesen wirtschaftlichen Bund politisch auszunutzen, denn materielle Vorteile konnte der Sonderverein den Beteiligten nicht verschaffen.

abgeschlossen war, in den wirtschaftlichen Zusammenhang Deutschlands einzufügen und dadurch Preußens Vorsprung wieder einzuholen. Schon Metternich hatte versucht, eine Verbindung zu dem einheitlichen Wirtschaftskörper des kleindeutschen Zollvereins herzustellen.[4]) Nach anfänglichen konservativen Bedenken gegen wirtschaftliche Neuerungen erkannte er ihre Bedeutung für den Einfluß in Deutschland an dem preußisch-hessischen Vertrage von 1828. Aber um die Verbindung mit dem übrigen Deutschland herzustellen, mußte er das österreichische Prohibitivsystem aufheben, an dem jedoch die Industrie zähe festhielt. Österreich, das im Gegensatz zu den anderen deutschen Staaten eine wirtschaftliche Einheit zu bilden vermochte, hatte kein ausgesprochenes Bedürfnis für die Annäherung, sondern Industrie und Landwirtschaft verlangten beide Schutz für ihre Erzeugnisse; die Eisenindustrie war die einzige, die sich damals für den Anschluß aussprach.[5]) Und obgleich Metternich versucht hatte, die zollpolitische Einigung des außerösterreichischen Deutschlands durch die Unterstützung des mitteldeutschen Handelsvereins zu verhindern, war ihm doch das Einvernehmen der konservativen Ostmächte gegen die revolutionären Westmächte zu wichtig, als daß er es wegen der Wirtschaftspolitik zum Bruch mit Preußen hätte kommen lassen.[6]) Sein Plan, mit Hilfe des Artikels 19 der Bundesakte, der die Regelung der deutschen Verkehrs- und Handelsverhältnisse durch den Bund voraussah, zum Ziel zu kommen, scheiterte ebenfalls am Widerspruch der eigenen Wirtschaft, denn gegen das preußische Zollsystem hätte die Verkehrsfreiheit durch den Bund proklamiert werden müssen, und dagegen erhob sich wieder das österreichische Schutzbedürfnis, das auch die Unterstützung des Kaisers fand. Als sich dann im Zollverein, besonders in Süddeutschland, eine immer stärkere Gegnerschaft gegen den gemäßigt freihändlerischen Tarif erhob und das Schutzzollsystem und der Anschluß an Österreich gefordert wurde, versuchte Metternich noch einmal, die Gelegenheit zu benutzen, um Österreich in den wirtschaftlichen Verband Deutschlands einzufügen und womöglich die Führung zu erlangen. Aber auch die geringste Tarifreform wollte die österreichische Industrie nicht zugestehen. Außerdem stand Ungarns wirtschaftliche Sonderstellung hindernd im Wege, so daß auch hier die Spannung zwischen Österreichs Eigenstaatlichkeit und seiner Einordnung in eine gesamtdeutsche Einheit deutlich wird.[7])

Jetzt aber schien Schwarzenberg die Zeit gekommen, dem erstarkten österreichischen Einheitsstaat auch die wirtschaftliche Führung zu erkämpfen. Bundesgenossen hierfür fand er in Mitglie-

4) Srbik, Metternich I, S. 533 ff.
5) Srbik, Deutsche Einheit I, S. 277 ff.
6) Oncken, Einleitung z. Aktenpubl. I, S. LXXX ff.
7) Srbik, Metternich II, S. 103 ff.

dern des Deutschen Zollvereins, den deutschen Mittelstaaten. Abgesehen davon, daß die Entwicklung des Vereins schon lange stagnierte und Reformen nötig waren, fühlten sie ihre Souveränität durch Preußens Unionspolitik bedroht. So war ihnen Österreichs Griff nach dem Zollverein eine willkommene Gelegenheit, auf diesem Gebiet die preußische Hegemonie zu erschüttern. Es war also ganz natürlich, wenn sie mit Österreich gingen, wenn sie auch stets versuchten, ihre eigene, selbständige Politik zu treiben. Andererseits war Preußens Kampf gegen die österreichischen Zolleinigungspläne zugleich ein Kampf für die Union, denn ebenso wie Schwarzenberg die Vertretung der Unionsstaaten durch Preußen ablehnte, wollte er auch in der Zollangelegenheit mit den einzelnen Staaten verhandeln.[8]) Zu Beginn dieser Krise war Preußens Stellung viel ungünstiger als zehn Jahre später, als der Kampf um den Handelsvertrag mit Frankreich und die endgültige Entscheidung über Österreichs wirtschaftliche Stellung in Deutschland ausgefochten wurde. Während zu Anfang der sechziger Jahre Österreich durch den italienischen Krieg politisch und wirtschaftlich geschwächt war, Preußen aber dank seiner neutralen Haltung in und außerhalb Deutschlands eine starke Stellung einnahm, hatte es zu Beginn der hier zu behandelnden Krise die Demütigung von Olmütz hinter sich und war infolge der Unionspolitik bei den Mittelstaaten allgemein unbeliebt. Österreich aber hatte die Revolution in Italien und Ungarn erfolgreich bekämpft und Preußen in Olmütz seinen Willen aufgezwungen. Dazu kam, daß im Zollverein seit langem eine Tarifreform notwendig war, so daß man ihn, da sie immer wieder an der Uneinigkeit der Vereinsmitglieder scheiterte, für veraltet und, wie Delbrück sagt[9]), handlungsunfähig hielt. Daß es sich im Lauf der Krise zeigte, daß der Verein doch eine Lebensnotwendigkeit für die Mittelstaaten war und daher Österreich erfolgreich Widerstand leisten konnte, hatte man in Wien wohl nicht erwartet.

Zu all diesem kam noch der wirtschaftliche Gegensatz zwischen Freihändlern und Schutzzollanhängern innerhalb des Zollvereins. Die süddeutschen Mittelstaaten waren zur Zeit der Gründung zum größten Teil Anhänger des Schutzzolls gewesen; ihre nicht sehr entwickelte Industrie vertrat etwa das schutzzöllnerische Programm des Listschen Handesvereins.[10]) Trotz der günstigen Entwicklung der Industrie im Zollverein hatten diese Ideen im Süden noch an Einfluß zugenommen, während im Norden der Gedanke des Freihandels immer mehr Boden gewann, und es fehlte nicht an Stimmen, die Preußens völlige Trennung von seinen unbequemen schutzzöllnerischen Partnern und seine Wendung zum Freihandel ver-

[8]) Meinecke, Radowitz, S. 356; S. 418.
[9]) Delbrück I, S. 258.
[10]) Oncken, Einleitung z. Aktenpubl. I, S. XXXIX ff.

langten. Die Industrie im Westen war nicht einheitlich in ihrer Stellung, denn jeder Zweig verlangte Schutz für ein anderes Erzeugnis, während der agrarische Osten und die Handelsstädte (Leipzig, Frankfurt a. M. und Köln) vorwiegend für den Freihandel waren.[11])

So verschieden aber auch die Interessen waren, so befand sich doch die Wirtschaft innerhalb des Zollvereins auf einer schon höheren Stufe als die österreichische[12]), deren Industrie viel weniger entwickelt war, während das Land mehr Rohstoffe besaß. Auch das niedrigere Kulturniveau der Völker der Monarchie erschwerte den Anschluß. Die südwestdeutschen und fränkischen Länder fürchteten bei dem Fallen der Zollschranken zwischen Österreich und dem Zollverein für ihren Wein- und Tabakbau, da Österreich ihnen auf diesen Gebieten, besonders mit den billigen ungarischen Weinen, Konkurrenz machen konnte.[13]) Dagegen scheute man in Österreich den Wettbewerb mit der überlegenen vereinsländischen Industrie; so wurde von den böhmischen Industriellen auf einem Kongreß von Industrie und Landwirtschaft 1851 die Befürchtung ausgesprochen, sie würden durch den Anschluß an den Zollverein vernichtet werden.[14]) Ähnliche Ergebnisse hat die für den König von Bayern bestimmte Denkschrift eines österreichischen Ingenieurs[15]), die zeigt, wie die einzelnen Industriezweige auf die zum Zweck der Zolleinigung 1848 vorgeschlagenen Tarife reagierten. Für den Anschluß sprechen sich nur die aus, die keine Konkurrenz zu fürchten haben, fast allen aber ist der neue Tarif zu niedrig, so daß also hierin immer ein Hindernis für die Zolleinigung liegen wird. Im Eingang der Denkschrift wird betont, es habe sich bei der Beratung von Vertrauensmännern für Industrie und Handel 1848 in Frankfurt gezeigt, daß die österreichischen Waren eine weit schlechtere Qualität als die vereinsländischen hätten und daß die österreichischen Industriellen meist abgeneigt seien, durch Umstellung und Verbesserung ihrer Betriebe diesem Mangel abzuhelfen. Aber auch wo keine Konkurrenz des Zollvereins zu fürchten war, wurden für den in Aussicht genommenen gesamtdeutschen Zollverein hohe Schutzzölle verlangt zum Schutz gegen die englische Einfuhr.[16])

[11]) Schnabel, Deutsche Geschichte III, S. 335.

[12]) Srbik, Deutsche Einheit II, S. 100.

[13]) Vgl. Anm. 17.

[14]) Franz, Entscheidungskampf, S. 11; zu vgl. auch die Äußerungen der österreichischen Industriellen zu Brucks Plänen bei Gärtner, S. 81 ff.

[15]) Denkschrift des Ingenieurs Kreutzer v. 20. April 1849, „Österreichs Anschluß an den Zollverein und einige industrielle Bemerkungen betr." (B. A.).

[16]) „Äußerung der Repräsentanten der Kärtner Eisenindustrie über die vom Hohen Handelsministerium aufgestellte Frage über den Anschluß an den Deutschen Zollverein" (B. A.).

Zahlreich sind die Kundgebungen der Wirtschaftskreise Südwestdeutschlands für den Zusammenhang mit Norddeutschland. Es wird geltend gemacht, daß die Ausfuhr der Industrie hauptsächlich nach Norddeutschland, besonders Preußen geht, ebenso die rheinhessischen pfälzischen und nassauischen Weine und andern landwirtschaftlichen Erzeugnisse und daß sie auch beim Bezug der Rohstoffe vielfach auf Preußen angewiesen seien.[17]) In Bayern waren die Meinungen über den Nutzen und die Notwendigkeit des Zollvereins geteilt: In den altbayerischen Gebieten gab es viele Schutzzöllner, die vom Anschluß an Österreich die Ausbildung eines wirklichen Schutzsystems erhofften, wobei natürlich immer politische Motive mitspielten[18]), während in Franken die Erhaltung des Zollvereins gewunscht

[17]) Denkschriften Biersacks, s. u. S. 24 ff.

Beschluß des Pfälzer Landesrats für die Erhaltung des Zollvereins („Speyerer Zeitung" v. 24. Okt. 1852).

Deputation der Krugbäcker aus den Ämtern Montabaur und Selters („Mittelrhein. Zeitung" v. 14. Nov. 1852).

Zu vgl. ist auch ein Promemoria des Frankfurter Kaufmanns Warnecke, über das Bismarck am 14. März 1852 (B. A.) berichtet. W. hatte auf Bismarcks Veranlassung an 300 Geschäftsfreunde in Bayern, Kurhessen, Hessen-Darmstadt, Nassau, Württemberg und Baden Anfragen über ihre Stellung zum Fortbestand des Zollvereins, der Zolleinigung mit Österreich und zu Schutzzoll und Freihandel gerichtet. Über die 91 Antworten, die er darauf erhielt, stellt er folgende Statistik auf: Von 45 Antworten aus Bayern sprachen sich 1 gegen den Zollverein, 19 für den Zollverein und gegen jeden Anschluß an Österreich aus, 20 für den Zollverein mit mehr oder weniger Neigung zu Österreich, keine für den Freihandel.

Von 20 Antworten aus Hessen-Darmstadt waren 10 für den Zollverein und gegen Österreich, 1 gegen den Zollverein, 5 für den Zollverein und Verbindung mit Österreich, 3 radikal freihandlerisch.

Von 5 Antworten aus Nassau stimmten 2 für den Zollverein und gegen Österreich, 3 für den Zollverein und Verbindung mit Österreich.

Wenig aufschlußreich waren die Ergebnisse aus Baden und Württemberg. Von 4 Antworten aus Baden waren 2 für, 2 gegen Österreich, von den 2 aus Württemberg ebenfalls die eine dafür, die andere dagegen; aber die 4 württembergischen Handelskammern hatten schon am 9. November 1851 in einem Gutachten für das Verbleiben im Zollverein gestimmt.

Aus Kurhessen kamen 10 Antworten, die für den Zollverein waren, 5, die ebenfalls für ihn stimmten, aber auch etwas Neigung zu Österreich zeigten. Im ganzen kann man also hiernach sagen, daß überwiegend der Wunsch bestand, den Zollverein zu erhalten, daß die Neigung für die wirtschaftliche Verbindung mit Österreich geteilt war und daß es in Süddeutschland sehr wenig Anhänger des Freihandels gab.

Daß die Handels- und Gewerbekreise in Nassau am Zollverein festhalten wollten, berichtet auch Bismarck (Posch. Pr. 1 B. I, Nr. 79, 15. Juli 1852).

[18]) Meinecke, Radowitz, S. 320 ff.

wurde.[19]) Allerdings sprachen sich die bayerischen Kammern doch für den Zollverein aus, als sein Fortbestand bedroht schien.[20])

Die Hauptorganisation der Schutzzöllner war der „Verein zum Schutz der nationalen Arbeit", der indessen zum größeren Teil aus Leuten bestand, die sich für den Zollverein einsetzten, wenn sie auch Änderung seines Tarifsystems wünschten. Freilich erklärte der Vorsitzende seine Zustimmung zu Brucks Zollplänen[21]), aber der Ausschuß des Vereins warnte, obgleich auch er sich für Brucks Vorschläge einsetzen wollte, davor, den Zollverein aufzulösen, ehe Garantien für die neue Zollunion da seien.[22]) Und später hat einer der führenden Männer des Vereins, der Kaufmann Degenkolb, versucht, seine Beziehungen zu Süddeutschland zu Preußens Gunsten auszunutzen.

All diese Gegensätze traten in den Verhandlungen der Regierungen und den Diskussionen der Kammern zutage; manchmal wurde auch, zumal in Bayern, das konfessionelle Moment mit in den Streit hineingezogen.[23]) Beherrschend blieb aber immer für die Regierungen über dem wirtschaftlichen das politische Interesse: So wollte die österreichische Regierung gegen den Wunsch ihrer Wirtschaftskreise die Zolleinigung herbeiführen, die preußische trennte sich trotz der Wünsche der nord- und ostdeutschen Freihändler nicht völlig vom Süden, und die Mittelstaaten setzten gegen den Willen ihrer Bevölkerungen den Bestand des Zollvereins aufs Spiel, um die politische Unterstützung durch Österreich zu erlangen. Der Kampf um den Zollverein ist im Grunde ein politischer Kampf um die Macht in Deutschland gewesen, bei dem die wirtschaftlichen Interessen nur als Kampfmittel benutzt worden sind.

[19]) So der Bericht des Steuerinspektors Becker aus Würzburg vom 3. Januar 1852 (B. A.), wonach die Wirtschaftskreise für die Erhaltung des Zollvereins waren und das österreichische Papiergeld fürchteten. Ein Brief an den preußischen Gesandten in München, v. Bockelberg, vom 6. April 1852 aus Franken berichtet, welche Erregung dort über die Zollvereinskrise herrsche, denn der wirtschaftliche Wohlstand hänge vom Zollverein ab, da die Hauptausfuhr nach dem Norden gehe und man die österreichische Konkurrenz in Wein und Tabak fürchte. Die Agitationen der Ultramontanen für den Anschluß an Österreich in Bamberg hätten nichts genützt. Der „Bayerische Eilbote" vom 1. Mai 1852 schreibt, daß die bayerische Industrie durch den Zollverein hauptsächlich gewonnen habe und daß der Handel Verluste erleiden werde, wenn er Triest als Ersatz für die Nordseehäfen bekäme.

[20]) Schon im März 1851 stellte der radikale Abg. Kolb den Antrag, die Zolleinigung mit Österreich nur anzunehmen, wenn der Zollverein dadurch nicht gefährdet werde; die Verbindung mit Österreichs nichtdeutschen Provinzen lehnte er überhaupt ab (Zimmermann, S. 363).

[21]) „A. A. Z." vom 27. Nov. 1849.

[22]) „A. A. Z." vom 1. und 3. Nov. 1849.

[23]) Besonders in der bayerischen Wochenschrift „Der Volksbote".

II.

Die Bruckschen Zollpläne und die Zollverhandlungen im Jahre 1850.

Es war natürlich, daß die deutsche Nation, als sie von der Revolution die Verwirklichung der politischen Einheit erhoffte, auch das Zustandekommen eines gesamtdeutschen Zollgebiets wünschte. Dies sollte die vornehmste Aufgabe des Reichshandelsministeriums sein. Die Nationalversammlung setzte eine Kommission von dreißig Mitgliedern für die Handelssachen ein.[24]) Der Präsident des Triester Lloyd, Freiherr v. Bruck, war ihr zweiter Vorsitzender. Es war zunächst zu untersuchen, ob man für ganz Deutschland mit Österreich die Einheit herstellen könne. Das wurde aber von dem Vertreter Österreichs, dem Hofrat v. Gehringer, aus drei Gründen abgelehnt: handelspolitisch sprach dagegen der Widerstand der Industrie gegen eine Aufhebung der Prohibitivzölle; außerdem hätte Österreich bei der Zolleinigung mit Deutschland unter großen finanziellen Verlusten auf sein Tabakmonopol verzichten müssen. Der dritte Grund war staatsrechtlicher Art: die Zollinie zwischen der westlichen Hälfte der Monarchie und Ungarn stand im Wege, denn der Einschluß nur der deutschen Länder in die deutsche Wirtschaftseinheit hätte natürlich die magyarischen Unabhängigkeitsgelüste verstärkt. Man mußte also zunächst von Österreichs Beteiligung absehen. Die preußische Regierung empfahl [25]), zunächst möglichst schnell die Zolleinigung zu bewerkstelligen, damit man dem Ausland gegenüber mit Nachdruck auftreten könne. Die Basis für die Einigung sollte der Zollverein sein, Österreich sich dann mit seinen deutschen Provinzen anschließen. Aber dieser Plan wurde nicht angenommen, weil Österreich die preußische Initiative fürchtete. Das Reichshandelsministerium arbeitete zwar eine Zollordnung für das Reich aus, der es die Zollvereinsverfassung zugrunde legte, aber die Zolleinigung kam nicht zustande.

Die Bemühungen um die österreichisch-deutsche Zolleinigung wurden jetzt nach dem Scheitern des national-revolutionären Versuchs von zwei Männern der österreichischen Regierung machtvoll aufgenommen.

Im Gegensatz zur preußischen Unionspolitik entwickelte Schwarzenberg seinen Plan des Siebzigmillionenreiches. Dies „Reich" sollte gebildet werden durch den Eintritt der österreichischen Gesamtmonarchie in den deutschen Bund, an dessen Spitze ein Generaldirektorium unter Österreichs Vorsitz stehen sollte. Preußen sollte durch die Mittelstaaten, die es durch die Stimmenverteilung im

[24]) Zimmermann, S. 334 ff.

[25]) Erlaß an Kamphausen 1. Okt. 1848 (Zimmermann, S. 339).

Direktorium jederzeit majorisieren konnten, in Schach gehalten werden.[26]) Dadurch sollte dem österreichischen Gesamtstaat die Hegemonie in Deutschland und zugleich seine Stellung als europäische Großmacht erhalten bleiben. Maßgebend sollte in diesem Verband das deutsche Element sein, aber von Österreich gelenkt. Erst infolge dieses politischen Planes entstand der wirtschaftliche des Handelsministers v. Bruck[27]), der den großen mitteleuropäischen Block zu einer handels- und zollpolitischen Einheit zusammenfassen und ihn damit zum wirtschaftlichen Schwerpunkt Europas machen wollte. Er bereitete deshalb im Anschluß an den Frieden mit Sardinien 1849 die Zollunion mit Parma und Modena vor, und hoffte auf den Beitritt der Niederlande und der Schweiz zu dem fertigen Block.[28])

Wenn so die beiden Männer denselben Plan verfolgten, unterschieden sie sich doch in wesentlichen Gesichtspunkten. Für den Fürsten Schwarzenberg, den geborenen Österreicher, war die Hauptsache Österreichs Herrschaft in Deutschland. Für ihn war also der Siebzigmillionenplan nur ein Mittel zum Zweck, aber auch der einzige Weg, Österreich den maßgebenden Einfluß in den deutschen Dingen zu sichern und es zugleich in seiner Stellung als einheitliche und europäische Großmacht zu erhalten. Bei der Voranstellung dieser Interessen gab es also für ihn keine Lösung des deutschen Problemes im Sinne des Nationalstaates, weder im großdeutschen noch im kleindeutschen Sinne. Deshalb blieb nur die Möglichkeit des alten Staatenbundes übrig, wenn der Siebzigmillionenplan nicht zustande kommen sollte[29]); auf jeden Fall war dieser ein wichtiges Mittel im Kampf gegen die preußische Unionspolitik, da er auch die Mittelstaaten befriedigte und gerade in der wirtschaftspolitischen Ausprägung, die Bruck ihm gegeben hatte, durch die Verbindung mit diesen Staaten dem preußischen Zollverein sehr gefährlich werden konnte.

Bruck[30]) dagegen, für den ja schon seiner rheinischen Herkunft nach Österreichs Hegemonie nicht im Mittelpunkt stand, sah die Zolleinigung als Selbstzweck an; in ihr sollte der Gegensatz zwischen der großdeutschen Idee und der österreichischen Gesamtstaatsverfassung vom 4. März 1849 aufgehoben werden. Zugleich betrachtete er die Dinge mit den Augen des unternehmenden Kaufmanns des Frühkapitalismus; in seinen Entwürfen vereinigen sich phantastische und realpolitische Züge. Er sah in der Zolleinigung die einzig mögliche Verwirklichung der großdeutschen Pläne und knüpfte zugleich an

[26]) Friedjung II, 1, S. 25 ff.
[27]) Srbik, Deutsche Einheit II, S. 95.
[28]) Friedjung II, 1, S. 22 ff.
[29]) Srbik, Deutsche Einheit I, S. 386 ff.
[30]) Charakteristik bei Friedjung I², S. 138 ff. und 294 ff.; Gärtner, S. 36 ff.

Lists großartige Entwürfe an, die deutsche Auswanderung von Amerika weg nach Südosteuropa zu lenken, um sie der Nation zu erhalten. Auch List hatte ja schon die deutsche Einheit durch Österreichs Eintritt in den Zollverein und damit ein von Deutschen geleitetes Wirtschaftsgebiet von der Adria bis zur Nordsee herstellen wollen. Da der deutsche Gesichtspunkt für Bruck maßgebend war, beurteilte er auch die Preußen gegenüber einzunehmende Haltung anders als Schwarzenberg. Freilich wollte auch er Österreich zur führenden Macht in dem großen Wirtschaftsblock machen, indessen war es ihm weniger wichtig, wie weit Preußens Führung im außerösterreichischen Deutschland ging. Er wollte die Wirtschaftseinheit durch Verständigung mit Preußen, nicht im Kampf mit ihm, zustande bringen und war bereit, als Entgelt für die Zolleinigung die Union [1]) und Preußens Führerstellung im Zollverein anzuerkennen; so hatte er nichts dagegen, daß auf den geplanten Besprechungen über die Zolleinigung Preußen im Namen des Zollvereins verhandele, die Mittelstaaten also ausgeschlossen würden.[2])

Gerade in diesem Punkt mußte Schwarzenberg aber anderer Ansicht sein, und seine Meinung setzte sich durch. Er konnte die Sammlung des außerösterreichischen Deutschland unter preußischer Führung nie zugeben, solange Österreich Anspruch auf die erste Stelle in Deutschland erhob; ebenso suchte er auch nach Möglichkeit den Zollverein, als eine Stütze der preußischen Machtstellung, zu bekämpfen. Etwas anderes war es, wenn Preußen sich auf Kosten der norddeutschen Kleinstaaten vergrößerte, d. h. diese mediatisierte; denn während es bei seiner bundesstaatlichen Politik immerhin zu seinen Gunsten auf die öffentliche Meinung wirken konnte, hätte die Mediatisierung es verhaßt gemacht. Konnte Schwarzenberg das Siebzigmillionenreich, also den Eintritt Gesamtösterreichs in den deutschen Bund, nur gegen die Duldung der Union erreichen, so wollte er lieber den großartigen Plan aufgeben und durch die Wiederherstellung des alten Bundes Österreichs gesamtstaatliche Einheit und zugleich seine deutsche Vorrangstellung erhalten.

In der Zielsetzung hat Schwarzenbergs Anschauung gesiegt. Da Preußen die Union nicht aufgeben wollte, mußte er es im Bunde mit den Mittelstaaten bekämpfen. Als jedoch in Olmütz die politische Auseinandersetzung zu einem Abschluß gebracht war, brach der

[1]) Friedjung II, 1, S. 50.

[2]) Spiegeltal, preußischer Agent in Wien, berichtet am 20. Okt. 1849, Bruck habe ihm gesagt, Preußen und Österreich müßten in der Zollsache allein verhandeln, ihre Übereinstimmung werde alle anderen erdrücken. Auf eine Äußerung Spiegeltals, der Anschluß der deutsch-österreichischen Provinzen an den Zollverein werde viele Erleichterungen bringen, erklärte Schwarzenberg sehr bestimmt, nur der Eintritt der Gesamtmonarchie komme in Frage (Posch. U. Fr. W. IV., I, S. 175).

Streit um Deutschlands wirtschaftliche Gestaltung erst in voller Schärfe aus, und hier setzte sich schließlich Brucks ursprüngliche Absicht durch, indem der Zwist durch direkte Verhandlung zwischen Österreich und Preußen vorläufig beendet wurde.

Vor allem mußte nun Österreich sein Zollsystem reformieren, ehe es an die Vereinigung mit Deutschland heranging. Drei Gründe hatten, wie wir sahen, ihm 1848 die Zolleinigung mit Deutschland unmöglich gemacht: die Zollinie zwischen den beiden Hälften der Monarchie, der Widerstand der Industrie gegen die Aufhebung der Prohibitivzölle und das Tabakmonopol. Das letztere wurde auch jetzt nicht beseitigt; man hoffte, mit den Partnern darüber zu irgendeinem Modus zu kommen. Es bildete später auf der Wiener Konferenz einen Hauptanstoß. Seit Bruck Ende 1848 Handelsminister im Kabinett Schwarzenberg geworden war, bemühte er sich, durch eine Tarifrevision die Abschließung Österreichs nach außen aufzulockern. Aber an der schnellen Ausführung des Planes hinderte ihn der Widerstand der Wirtschaft, der die Arbeit der Sachverständigenkommission für die Beratung des neuen Tarifs sehr verzögerte.[33]) Der Tarif sollte der Industrie zwar Schutz gewähren, aber alle Einfuhrverbote und dergleichen beseitigen, also eine deutliche Annäherung an den Zollvereinstarif darstellen. An seiner Ausarbeitung war der Ministerialrat Hock, ein Hauptanhänger Brucks, als Referent der Kommission hervorragend beteiligt.

Am leichtesten war das staatsrechtliche Hindernis zu beseitigen. Die Zwischenzollinie hatte auf den magyarischen Steuerprivilegien, der Steuerfreiheit des Adels, beruht, die aber schon von der Revolution selbst aufgehoben worden war. Deshalb handelte es sich nach deren Niederwerfung 1849 nur noch darum, das österreichische Steuersystem in Ungarn einzuführen. Am 7. Juli 1850 wurde die Zolleinigung der beiden Reichshälften vollzogen.

Eine große zusammenhängende Darstellung seiner Pläne und Ziele gab Bruck zum ersten Male in der „Wiener Zeitung" vom 26. Oktober 1849, als Ungarns Eingliederung in das österreichische Zollgebiet und die Arbeiten an der Tarifreform gerade begonnen hatten. Wahrscheinlich ist sie als Erwiderung auf den Beschluß des Verwaltungsrates der Union vom 19. Oktober 1849, die Wahlen für den Erfurter Reichstag ausschreiben zu lassen[34]), erschienen, um so die Mittelstaaten in ihrem Widerstand gegen die Union zu bestärken und ihnen zu zeigen, daß Österreich sie vor der preußischen Hegemonie bewahren wolle. Dasselbe Programm wurde dann in einer Denkschrift Brucks vom 30. Dezember 1849[35]) den deutschen Regierungen übersandt. Sie bezeichnete als das „klarbewußte ent-

[33]) Gärtner, S. 35 ff.
[34]) „A. A. Z." v. 14. Nov. 1849; Gärtner, S. 21.
[35]) Im D. A.

schieden angestrebte Endziel" ausdrücklich „außer und neben der Wohlfahrt des eigenen Landes den vollständigen Anschluß Österreichs in Zoll und Handel an ganz Deutschland". Gemäß Schwarzenbergs Ansicht wurde als die Autorität, von der die Zollverhandlungen geführt werden sollten, die provisorische Bundeszentralkommission in Frankfurt bezeichnet. Hiermit wurde also dem Bund die Entscheidung über die handelspolitische Gestaltung Deutschlands und zugleich über die ganz unabhängig von ihm entstandenen Vereine gegeben, was natürlich in erster Linie eine Spitze gegen Preußen bedeutete.[36]) Das ganze Programm sollte innerhalb von zwölf Jahren abgewickelt werden. Deshalb wurde an die provisorische Zentralgewalt der Antrag gestellt, sofort eine Zollkonferenz der deutschen Staaten nach Frankfurt zu berufen.

Natürlich mußte dies alles sofort Preußens Widerstand hervorrufen. Der mitteleuropäische Wirtschaftsblock unter Österreichs Führung hatte nach Schwarzenbergs Willen keinen Raum für die preußische Union. An und für sich lag die Idee des großen europäischen Mittelreiches auch den Anhängern der preußischen Führung nicht fern: Gagern hatte am 26. Oktober 1848 in der Paulskirche erklärt[37]), es sei Deutschlands Bestimmung, die Volker an der unteren Donau, die „zur Selbständigkeit weder Beruf noch Anspruch haben, wie Trabanten in sein Planetensystem einzufassen". Dies sollte durch ein festes Bundesverhältnis des kleindeutschen Staates zu Österreich erreicht werden. Mit Hilfe der wirtschaftlichen Verbindung hoffte Gagern die politische Trennung uberbrucken zu können. Er berührte sich also mit Brucks ursprünglichen Ansichten, fand aber niemals den Beifall der Leiter der preußischen Handelspolitik, in der der Geheime Rat Rudolf Delbruck den maßgebenden Einfluß ausübte. Dieser war von der Uberzeugung und dem festen Willen beseelt, es nie zur Vereinigung des österreichischen Zollgebiets mit dem Zollverein kommen zu lassen. Auch Radowitz durfte Österreichs Eintritt in den Zollverein nicht wünschen, solange

[36]) Die Denkschrift teilte Deutschland in drei Gebiete ein: Österreich, den Zollverein und Norddeutschland; allen sollte das Schutzsystem gemeinsam sein. Die notwendige Zollangleichung sollte allmählich, aber immer auf vertraglichem Wege herbeigefuhrt werden und in drei Perioden zur volligen Gleichheit führen. In der ersten sollte von Zollkommissarien der einzelnen Staaten uber weitgehende Verkehrs- und Zollerleichterungen verhandelt werden. Die zweite wurde als Ubergangsperiode bezeichnet. Für in beiden Gebieten gleich entwickelte Erzeugnisse sollte schon jetzt freier Verkehr bestehen. Außerdem sollte „die weitere Ausbildung des gemeinsamen Schiffahrtsystemes, die Anbahnung einer gemeinsamen Handelsvertretung und uberhaupt einer Gemeinsamkeit in der gesamten Handelspolitik" vertragsmäßig geregelt werden. Ein neuer Vertrag sollte schließlich die Zolleinigung vollenden.

[37]) Meinecke, Radowitz, S. 191.

Preußens politische Hegemonie noch nicht befestigt war. Man konnte in Berlin nicht verkennen, daß dieser wirtschaftliche Plan ein geeignetes Mittel darstellte, den Bundesstaat unter preußischer Führung unmöglich zu machen; deshalb kämpfte man, wenn man die Zolleinigung ablehnte, zugleich für den Zollverein und die Union.[38])

Delbrück[39]) fand auch aus wirtschaftlichen Gründen das Programm, abgesehen von einigen „unleugbar gesunden Gedanken", unausführbar und schraubte die Vorschläge bis auf wenige zurück, die auf Tarifannäherung und gegenseitige Begünstigung der einheimischen Erzeugnisse und des Durchgangsverkehrs hinausliefen. Indessen wurde das Ganze nicht sofort rundweg zurückgewiesen, sondern man machte zunächst auf die formellen Bedenken aufmerksam, die es erwecke. Besonders mußte Schwarzenbergs Vorschlag zur Ausführung verletzen, denn die Existenz des Zollvereins wurde bei der Behandlung durch das Frankfurter Interim einfach übersehen. Nachdem schon am 7. November als Antwort auf die Veröffentlichung der „Wiener Zeitung" Delbrücks stark reduziertes Gegenprogramm im „Staatsanzeiger" erschienen war, beantwortete die preußische Regierung Brucks Denkschrift mit einer Note vom 28. Februar 1850.[40]) Darin wurde vor allem die Kompetenz der provisorischen Zentralgewalt, die nach der Übereinkunft zwischen Preußen und Österreich vom 30. September 1849 bis zum 1. Mai 1850 eingesetzt worden war, zur Führung derartiger Verhandlungen bestritten, da „die Herstellung einer allgemeinen deutschen Zolleinigung ohne Zweifel zu den «organischen Bundeseinrichtungen und gemeinnützigen Anordnungen sonstiger Art gehört, welche nach den ausdrücklichen Bestimmungen des Artikels 6 der Bundesakte und des Artikels 13 der Schlußakte dem Plenum der Bundesversammlung zugewiesen, also nach der ausdrücklichen Bestimmung des § 3 der Übereinkunft vom 30. September 1849 der freien Vereinbarung der einzelnen Bundesmitglieder vorbehalten sind und hinsichtlich deren der engere Rat, somit nach § 3 der gedachten Übereinkunft auch die provisorische Bundeskommission nur zu vorbereitenden Maßregeln kompetent ist."

Preußen hatte bei der Einsetzung des Interims aus politischen Gründen die Ausarbeitung einer deutschen Verfassung der freien Vereinbarung der Einzelstaaten vorbehalten.[41]) Was ein Rettungsmittel für die Union war, konnte nun auch für die Erhaltung des Zollvereins verwertet werden, da sowohl Verfassung wie handelspolitische Neuordnung zu den „organischen Bundeseinrichtungen"

[38]) Meinecke, Radowitz, S. 356 ff.
[39]) Delbrück I, S. 251 ff.
[40]) Abschrift im D. A.
[41]) Meinecke, Radowitz, S. 354.

gehörten. Es war durchaus notwendig, daß Preußen diesen Standpunkt einnahm. Denn bei einer Verhandlung vor dem Bund in Frankfurt hätte natürlich Österreich mit seiner mittelstaatlichen Gefolgschaft dominiert. Gerade in diesen Tagen schloß es mit den drei Königreichen das Vierkönigsbündnis (27. Februar 1850), und auch die Stellung der übrigen Mittelstaaten, die sich noch nicht offiziell von Preußen getrennt und Österreich angeschlossen hatten, war unsicher genug. Preußen mußte also auf jeden Fall eine Mehrheitsentscheidung ablehnen.

Es wurde aber in der Note betont, daß die preußische Regierung trotz dieses formellen Bedenkens die Sache selbst nicht ablehne; sie wünsche nur, daß der Weg der Unterhandlung von Bevollmächtigten Österreichs, des Zollvereins, des Steuervereins und der außerhalb dieser Verbände stehenden Staaten[42]) beschritten werde. Preußen sei durch die Grundverträge des Zollvereins zu dessen Vertretung ebenso berechtigt, wie Hannover zur Vertretung des Steuervereins. Als Verhandlungsort wurde Wien oder Berlin vorgeschlagen, Frankfurt also ausgeschaltet. Aus dem großen Programm der österreichischen Denkschrift wurden die Vorschläge für die erste Periode als erfolgversprechende Verhandlungsgegenstände bezeichnet, durchgreifende Tarifreformen aber, als der Zeit noch nicht entsprechend, entschieden abgelehnt. Von der Zolleinigung war in der Note gar nicht die Rede, sie sprach höchstens von „der immer engeren Verschmelzung der materiellen Interessen Deutschlands und Österreichs".

Der Inhalt dieser Note entspricht also dem politischen Unionsplan: der Zollverein dem Bundesstaat, die wirtschaftliche Annäherung an Österreich der Verbindung zwischen Österreich und der Union. Die politischen Pläne und die wirtschaftlichen Vorschläge Preußens laufen darauf hinaus, daß zwar eine Verbindung und Interessengemeinschaft zwischen Österreich und dem übrigen Deutschland bestehen, daß Österreich aber seinen Einfluß auf Deutschland aufgeben soll.

Es zeigten sich so von Anfang an zwei ganz verschiedene Tendenzen in der Behandlung der Frage: Schwarzenberg wollte die gleichberechtigte Teilnahme aller deutschen Staaten durchsetzen, d. h. also Preußens handelspolitische Führerstellung im außerösterreichischen Deutschland einfach ignorieren, die preußische Regierung aber wünschte nur Verhandlungen zwischen den einzelnen Zollgebieten und wollte besonders dem deutschen Bunde keinerlei Einfluß auf die Angelegenheit gestatten. Derselbe Gegensatz zeigte sich in der Frage der deutschen Verfassung: obgleich die preußische Regierung in einer Note nach Wien vom 22. April 1850 erklärt hatte, sie werde nur einen Kongreß von deutschen Staaten beschicken, wenn die 22 Unionsstaaten dort geschlossen aufträten, lud Schwarzenberg

[42]) Der Hansestädte und der beiden Mecklenburg.

am 26. April alle Bundesstaaten zu einer Plenarversammlung ein, um über die Einsetzung einer neuen leitenden Bundesbehörde zu beraten. Das war ein Eingriff in die Kompetenzen der noch bestehenden vorläufigen Zentralgewalt, die zu prüfen hatte, welche Gegenstände dem Plenum vorgelegt werden dürften.[43]) Preußen konnte sich auch hier zur Verteidigung seiner politischen Ansprüche auf die Verträge berufen.

Um jedoch den Bruch mit Österreich zu vermeiden, wurde versucht, auf dem Wege direkter Verhandlung zur Verständigung zu kommen. Deshalb erschien Delbrück Anfang März inoffiziell in Wien.[44]) Er erkannte hier deutlich den Gegensatz zwischen den beiden leitenden Staatsmännern, daß nämlich Schwarzenberg die ganze Angelegenheit aus politischen Gründen betrieb und deshalb Preußen die Führung der andern Staaten auch auf wirtschaftlichem Gebiet keinesfalls zugestehen wollte, während Bruck schon damals aus handelspolitischen Gründen lieber schnell mit Preußen abgeschlossen hätte. Schwarzenberg wünschte, die Zolleinigung sofort, wenn auch nur im Prinzip, vertraglich festzulegen, und zwar in Verhandlungen mit allen Bundesstaaten. Schließlich gab er so weit nach, daß er auf Brucks Vorschlag[45]), der das Scheitern der Besprechungen verhindern wollte, Verhandlungen mit dem Zollverein gestattete, an denen aber außer Preußen auch Bayern, Sachsen und Württemberg teilnehmen sollten. Auch das lehnte Delbrück ab, weil Österreich kein Recht habe, derartige innere Vereinsangelegenheiten zu bestimmen. Da er außerdem der sofortigen vertraglichen Festsetzung der Zolleinigung nicht zustimmen konnte, kehrte er unverrichteter Dinge nach Berlin zurück.

Am 30. Mai wurde eine zweite Denkschrift Brucks veröffentlicht, in der dem Bunde die Gewalt über die Zölle und die handelspolitische Vertretung nach außen zugedacht wurde, also der Abschluß von Handels- und Schiffahrtsverträgen. Außerdem wurde ein Bundesrat für Handel und Gewerbe vorgesehen, der zum größeren Teil von den Handels- und Gewerbekammern der einzelnen Staaten, zum kleineren von den Regierungen ernannt werden sollte. Auch dieser Plan bedeutete wieder ganz im Sinne Schwarzenbergs die Umgehung der bestehenden Vereine.

Es folgte nun ein Notenwechsel zwischen Wien und Berlin, in dem der Gegensatz der beiden Auffassungen sich deutlich aussprach.[46]) Schwarzenberg mußte die Verhandlungspunkte, die Delbrück aus dem österreichischen Programm herausgegriffen hatte, als unge-

[43]) Meinecke, Radowitz, S. 418 ff.

[44]) Delbrück I, S. 253 ff.

[45]) Zimmermann, S. 355.

[46]) Die Note Schwarzenbergs vom 21. Juli, die preußische vom 30. August 1850; Abschrift beider im D. A.

nügend abweisen, weil sein Hauptziel, die Zolleinigung durch den deutschen Bund, nicht dazu gehörte; Preußen seinerseits mußte diese ablehnen, weil sie ebenso seine Führung im Zollverein aufgehoben hätte, wie das Siebzigmillionenreich den Unionsstaat mit der preußischen Spitze. Es blieb deshalb dabei, daß die österreichische Note auf die schon bekannten Vorschläge, die preußische auf Delbrücks Sendung nach Wien hinwies.

Natürlich mußten jetzt auch die deutschen Mittelstaaten in diesem Streit Stellung nehmen. Was lag näher, als daß sie versuchten, ihr altes Triasideal zu verwirklichen, indem sie selbständig zwischen den beiden Großmächten vermittelten. So verhandelten sie im April 1850 untereinander über die Form der künftigen Bundesverfassung und erwogen auch Deutschlands Dreiteilung, anstatt der verhaßten Zweiteilung in Einflußsphären der beiden Großmächte, nämlich gleiche Rechte für Österreich, Preußen und einen engeren Bund der übrigen Staaten.[17]) Aber sie waren sich darüber klar, daß dies nur dann geschehen könnte, wenn die Großmächte uneinig und sie selbst einig wären. Sie mußten sich an diejenige Macht anschließen, die ihnen weniger gefährlich war, also an Österreich, das in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht das preußische Übergewicht ausglich. So hatten sie sich auf politischem Gebiet bereits Österreich zugewandt durch den Abschluß des Vierkönigsbündnisses. Der König von Württemberg hatte am 15. März eine Thronrede mit so scharfen Ausfällen gegen Preußen gehalten, daß die diplomatischen Beziehungen abgebrochen wurden. Sachsen schloß im April ein Militärabkommen mit Österreich, wonach im Falle eines Krieges die sächsischen Truppen unter den Befehl eines Erzherzogs treten sollten. Die beiden Hessen traten im Juli aus der Union aus, nur Baden, das auch später immer die versöhnlichste Haltung unter den Mittelstaaten einnahm, stand infolge der Ereignisse von 1849 noch auf der preußischen Seite. Im Sommer 1850 vereinigten sich die Königreiche und Kurhessen, Österreich, Holland und Dänemark zu der außerordentlichen Bundesversammlung, an der die Unionsstaaten nicht teilnahmen, weil die preußische Forderung, im Namen der Unionsgenossen die Stimmen abzugeben, von Österreich abgelehnt wurde.

Allein, eine so willkommene Gelegenheit ihnen der handelspolitische Gegensatz war, um Preußens Unionspolitik zu treffen, so traten sie doch nicht von Anfang an entschieden für Österreichs Vorschläge ein. Zu tief war das wirtschaftliche Wohl ihrer Länder trotz mancher Unzufriedenheit mit dem Zollverein verknüpft; die Regierungen konnten es schon der nach der Revolution leicht erregbaren öffentlichen Meinung wegen nicht wagen, den Zollverein aufs Spiel zu setzen. Außerdem bildeten die Einkünfte aus ihm einen un-

[17]) Friesen I, S. 210.

entbehrlichen Bestandteil ihrer Staatsfinanzen. Dazu kam das Mißtrauen gegen die österreichische Zollverwaltung, in der Unordnung und Unregelmäßigkeiten häufig waren. Da sie aber andererseits ihre politische Richtung zu Österreich drängte, nahmen sie eine abwartende, wenn auch Österreich gegenüber durchaus freundliche Haltung in der Zollfrage ein.[48]) Preußen aber zeigten sie deutlich, daß sie nicht gewillt waren, sich von ihm bevormunden zu lassen, sondern auch in der Handelspolitik selbst entscheiden wollten.

So kritisierte Beust[49]) die preußische Antwort auf die österreichische Denkschrift, da die Vorschläge, die diese enthalte, nicht genügend gewürdigt würden, und erklärte das Frankfurter Interim für berechtigt, in dieser Sache zu entscheiden. Er bestritt, daß es sich um Österreichs Anschluß an den bestehenden Zollverein handele, und behauptete, es erstrebe eine vollständig neue Zolleinigung aller deutschen Staaten, folglich müßten diese alle einzeln an den Verhandlungen teilnehmen. Auch unterließ er nicht, darauf hinzuweisen, daß Sachsen jedenfalls auch dann beteiligt werden müsse, wenn nicht die einzelnen Staaten verhandelten, sondern nach dem preußischen Vorschlage der Zollverein, weil zu dessen Verhandlungen mit einem andern Staate der an diesen grenzende Vereinsstaat nach dem Wortlaut der Verträge mit zugezogen werden müsse. Hier ist die Tendenz der Beustschen Politik deutlich zu erkennen: Er will auf keinen Fall den Anschein erwecken, als ordne sich Sachsen Preußen unter, indem es sich in den Verhandlungen von ihm vertreten lasse. Preußen, so schrieb er, habe sich bis jetzt jedesmal, wenn es die andern Staaten vertreten habe, vorher ausdrücklich beauftragen lassen. Er war bereit, einen Gesandten zur Verhandlung über die österreichische Denkschrift nach Frankfurt zu schicken, falls die Bundeskommission dazu einladen werde. Im Gegensatz zur preußischen Auffassung betonte er, wie wichtig es sei, gerade die Tarifgleichung auf dem Kongreß zu behandeln.

Die Ansicht der Darmstädter Regierung geht aus einigen Äußerungen des Finanzministers v. Schenck hervor, der sich am 14. Februar zustimmend über Brucks erste Denkschrift aussprach[50]) und bereit war, allerdings „unter der Voraussetzung des Einverständnisses aller andern deutschen Staaten" die geplante Konferenz zu beschicken. Nachdem er von der preußischen Antwort vom 28. Februar Kenntnis erhalten hatte, äußerte er sich freilich über die formelle Seite der Sache abwartend — Hessen-Darmstadt gehörte ja noch zur Union! —, wies aber Preußens Absicht, den Zollverein allein zu vertreten, ausdrücklich zurück. Auch wenn es früher solche

[48]) Verschiedene Zeugnisse bei Gärtner, S. 53 ff., S. 68.

[49]) Note Beusts an den Grafen Galen, den preußischen Gesandten in Dresden, vom 14. März 1850 (Abschrift im D. A.).

[50]) Schenck an das Ministerium des Äußeren (D. A.).

Verhandlungen allein geführt habe, sei doch der Gegenstand jetzt so wichtig, daß die kleineren Staaten in Süd- und Mitteldeutschland, die ein noch größeres Interesse an der Verbindung mit Österreich hätten als Preußen selbst, daran teilnehmen müßten.

Es ist derselbe Geist, der aus den Äußerungen der beiden Minister spricht: man will zwar die Auflösung des Zollvereins nicht herbeiführen, aber doch alles tun, um durch die Zolleinigung die Stellung der Mittelstaaten zu stärken. Die Triasidee konnte so im Zollverein verwirklicht werden; von diesem Gesichtspunkt aus kam das wirtschaftliche Wohl des Landes, das vielleicht durch die Verbindung mit Österreich leiden würde, durchaus erst in zweiter Linie.

Die Anschauung eines wirtschaftlichen Sachverständigen aus Hessen-Darmstadt über den Zolleinigungsplan, den die Regierung politisch ausnutzen wollte, war völlig anders. Der Hessische Geheime Oberfinanzrat Biersack[51]) verfaßte im Jahre 1850 mehrere Denkschriften über die österreichischen Vorschläge.[52]) In der einen vom 2. März[53]) stimmte er der Zolleinigung im Prinzip zwar zu, bezeichnete aber als Grundbedingung für sie den Beitritt der norddeutschen Staaten und des Steuervereins zum Zollverein, erst dann sollte Österreich mit dem Gesamtverein verhandeln; er zeigt also den Weg, der dann auch wirklich eingeschlagen worden ist. Er warnte davor, die Zolleinigung mit Österreich, die schwierigste Aufgabe der allgemeinen deutschen Zolleinigung, als Hauptforderung voranzustellen. Einen Tarif auf vertraglichem Wege herzustellen, wie es der österreichische Plan vorsah, hielt er für unmöglich; zum Beweis führte er die Entstehung des Zollvereinstarifes aus dem fertigen preußischen Tarife an.

In einer früheren Denkschrift von Anfang Januar 1850 hatte er mehrere Gründe dafür angeführt, weshalb Bayern und Württemberg sich nicht von Norden trennen könnten, sondern auf den Zollverein angewiesen seien: der Anschluß an Österreich würde ihnen nicht dieselben volkswirtschaftlichen Vorteile wie der Zollverein bringen, außerdem seien sie auf die hohen Zolleinkünfte angewiesen. Ein bayrisch-württembergischer Zollverein allein sei ganz unmöglich, denn er habe schon in handelspolitisch viel weniger entwickelten Zeiten nicht genügt. Schließlich betonte er die Notwendigkeit für Hessen, bei einer eventuellen Spaltung zwischen Norden und Süden sich dem Norden anzuschließen, weil die Hauptausfuhr

[51]) Delbrück (I, S. 271) sagt von ihm, er habe an allen Generalkonferenzen des Zollvereins teilgenommen und sich vollständig mit ihm identifiziert.

[52]) Im D. A.

[53]) Von dieser gab er Canitz, dem preußischen Gesandten in Darmstadt, Kenntnis, der über seine Ergebnisse nach Berlin berichtete (B. A.).

in preußisches Gebiet gehe. Das belegte er durch einen Vergleich der wirtschaftlichen Lage des Landes vor und nach der Zolleinigung mit Preußen. Industrie und Handel waren erst seit der Gründung des Zollvereins kräftig aufgeblüht. Auf Grund seiner langen Erfahrung bezeichnete er als einzig mögliches Ergebnis der Verhandlungen mit Österreich einen Handelsvertrag.

Es läßt sich nicht erkennen, wie diese Denkschriften, die Preußens Führung im Zollverein aus wirtschaftlichen Gründen gut hießen, Anfang 1850 von der Regierung aufgenommen wurden. Jedoch hat Biersack später, im Juni 1852, zur Zeit der Berliner Zollkonferenz, als seine Regierung sich in offenem Gegensatz zu Preußen befand, anscheinend die gleiche Ansicht schriftlich niedergelegt, denn in einer Verfügung des Ministerpräsidenten Freiherrn v. Dalwigk heißt es, „daß dem Geheimen Oberfinanzrat Biersack bestimmt zu sagen sein dürfte, die Großherzogliche Regierung könne die fragliche Veröffentlichung mit seiner Stellung als Großherzoglicher Beamter nicht vereinigen".[54])

Um seine Zollverbündeten fester an sich zu ketten, mußte Preußen Brucks großartigen Plänen etwas Wirksames entgegensetzen. Delbrück[55]) dachte zunächst an die Erweiterung des Zollvereins durch den Anschluß des Steuervereins, aber dafür war Hannover noch nicht zu haben. Auch die politischen Gegensätze spielten mit, denn nach seinem Abfall von der Union hatte Preußen im März die diplomatischen Beziehungen abgebrochen. So mußte er die schon lange als nötig erkannte Tarifreform in Angriff nehmen, aber mit Rücksicht auf Süddeutschland Zugeständnisse an den Schutzzoll machen, obgleich in Preußen eine starke Strömung, besonders in den östlichen agrarischen Provinzen für den Freihandel bestand, dem er auch persönlich zuneigte. Es wurde deshalb für die Generalkonferenz des Zollvereins, die 1850 in Kassel stattfinden sollte, ein Reform-

[54]) Im D. A. Wahrscheinlich rührt eine Denkschrift im B. A., die Bismarck im Dezember 1852 Manteuffel sandte, auch von Biersack her. Es handelt sich um die Widerlegung der Behauptung, Hessen-Darmstadt treibe mit Preußen Passivhandel, erleide also durch die Erhaltung des Zollvereins wirtschaftlichen Schaden. Bismarck schreibt am 10. Dezember 1852 an Manteuffel: „Zur Widerlegung dieser Behauptung . . . ist die anliegend g. überreichte Denkschrift von einem hohen hessischen Beamten, mit dem ich schon seit längerer Zeit eine Verbindung unterhalte, abgefaßt worden. Dieselbe ist auf vertraulichem Wege verteilt. Indem ich nicht unterlasse, E. E. hiervon Anzeige zu machen, erlaube ich mir e. g. zu bemerken, daß der Verfasser wegen seiner Stellung eine Benutzung für die Presse verbeten und mir auch solche nur zu einem nicht dahingehenden Gebrauch mitgeteilt hat" (B. A.). Daß Biersack schon längere Zeit in Beziehungen zu Bismarck stand, zeigt dessen Bericht über Kurhessen (Poschinger, Pr. i. B., I, S. 34). Der Stil der Denkschrift weist auf Biersack.

[55]) Delbrück I, S. 258 ff.

programm ausgearbeitet, in dem vor allem Erhöhung der Zölle auf Textilwaren gefordert wurde. Natürlich wurde dies in Wien mit Unruhe wahrgenommen, besonders da Preußen keine Anstalten machte, von sich aus die österreichischen Vorschläge auf die Tagesordnung der Generalkonferenz zu setzen. Bruck schlug nun Schwarzenberg vor [*]), sich mit Österreichs politischen Verbündeten Bayern, Sachsen und Württemberg in Verbindung zu setzen, die die beiden Denkschriften in Kassel zur Sprache bringen und auch den Zusammentritt der Zollkonferenz in Frankfurt beantragen sollten. Da er aus den preußischen Vorschlägen deutlich erkannte, daß man in Berlin keineswegs geneigt war, auf seine Zollpläne einzugehen, schlug er, um sein Werk zu retten, jetzt zum ersten Male die Sprengung des Zollvereins vor. Als Entgelt wollte er den Mittelstaaten den Zollbund mit Österreich versprechen. Wenn Preußen aber nachgab, dann sollte Österreich gleich 1854, zu Beginn der nächsten Vereinsperiode, Mitglied werden. Aber die Mittelstaaten gingen nicht völlig auf seine Wünsche ein, denn das Risiko der Auflösung des Zollvereins wollten sie nicht auf sich nehmen, auch wären sie ja dann wieder von einer einzigen Großmacht abhängig gewesen. Gerade Bayern, das die Führung der Trias für sich beanspruchte, wollte sich die Möglichkeit der Vermittlung offen halten. Pfordten versprach zwar, ebenso wie der sächsische Finanzminister Behr [*]), sich für die Denkschrift einzusetzen. Beide zogen aber im Interesse der eigenen Staatengruppe eine Verhandlung beider Großmächte und der Mittelstaaten der von Österreich gewünschten freien Konferenz aller deutschen Staaten vor. Die Frage der Zolleinigung sollte nach Pfordtens Willen in Kassel noch nicht entschieden werden, da er fürchtete, daß es dadurch zur gefürchteten Auflösung des Zollvereins kommen könne.

Kurz nach Beginn der Konferenz stellte Bayern einen Antrag, der den österreichischen Vorschlägen entgegenkam: es schlug Verhandlungen zwischen Preußen, Bayern und Sachsen einerseits und Österreich andererseits vor und verlangte, daß Beschlüsse über die Übergangsperiode vor der Zolleinigung gefaßt würden. Sachsen und Württemberg hatte es dabei auf seiner Seite. Delbrück, als Vertreter Preußens auf der Konferenz, erklärte, es sei unmöglich, einen gemeinsamen Tarif für Österreich und den Zollverein fertigzustellen und den Zeitpunkt für die Zolleinigung festzusetzen. Die Mehrheit der Teilnehmer stellte sich auf den Standpunkt der preußischen Note vom 28. Februar. Das bestimmte dann auch die Vertreter der drei Königreiche zur Änderung ihrer Haltung, denn auch sie wollten ja die Auflösung vermeiden: die sächsische Regierung

[*]) Briefe vom 16., 26. und 30. Juni 1850 bei Gärtner, S. 90 ff.

[*]) Bericht Esterhazys vom 2., 6. und 16. Juli; Behr an Kuefstein 1. Juli 1850 bei Gärtner, S. 92 ff.

schickte im Oktober ihren Konferenzbevollmächtigten nach Wien[58]), um Österreich für die preußischen Vorschläge zu gewinnen. Er erklärte dort, Sachsen könne den Zollverein aus wirtschaftlichen und finanziellen Gründen nicht verlassen; der süddeutsche Zollbund mit Österreich konnte für ein Land mit Sachsens geographischer Lage nichts Verlockendes haben. Gerade der finanzielle Gesichtspunkt bestimmte die Haltung der Mittelstaaten zugunsten des Zollvereins; die Finanzminister waren meistens gegen das allzu feurige Eintreten für die Zolleinigung mit Österreich. Preußens Vorschläge zur Tarifrevision wurden besonders von Sachsen bekämpft. Es stellte den Antrag, vor Erledigung der Zolleinigung nicht mit der Beratung zu beginnen. Als Preußen dann drohte (15. August), den Zollverein zu kündigen[59]), gab Sachsen, auch unter dem Druck der übrigen Mittelstaaten, nach. Die Reform scheiterte jedoch schließlich am Widerspruch Braunschweigs, dessen Gründe nie geklärt worden sind. Vielfach meinte man[60]), Preußen habe diesen Einspruch veranlaßt, weil ihm selbst die Erhöhung der Zölle unangenehm gewesen wäre, da es, ebenso wie Braunschweig, fürchtete, durch sie den Anschluß des Steuervereins unmöglich zu machen, den es doch im Grunde immer erstrebte. Andererseits wäre aber eine Zolländerung auf längere Dauer eine Sicherung für den Fortbestand des Zollvereins gewesen.

Infolge des kurhessischen Verfassungsstreites und der dadurch bedingten Unruhen kam der bayerische Antrag nicht mehr zur Abstimmung, denn die Konferenz wurde abgebrochen und auf das nächste Jahr vertagt.

Die folgenden politischen Ereignisse, die zur Kapitulation von Olmütz führten, verschlechterten natürlich auch Preußens Stellung im handelspolitischen Streit. Denn die Mittelstaaten wurden durch den politischen Kampf immer stärker zu Österreich hingezogen. Bayern und Württemberg schlossen am 15. Oktober 1850 mit Österreich das Bündnis von Bregenz, in dem sie sich verpflichteten, Preußens Weigerung, dem Bundesbeschluß über Kurhessen Folge zu leisten, als Bundesbruch anzusehen, der mit der Bundesexekution beantwortet werden müsse. Sachsen und Hessen-Darmstadt traten dem Bündnis nachträglich bei. Bayerische Truppen rückten in Kurhessen ein. Auch hier ist wieder deutlich das verschiedene Prinzip der beiden Großmächte zu erkennen: Preußen schlug Österreich die gemeinsame Exekution in Kurhessen ohne Bayern und den Bundestag vor, aber Schwarzenberg wollte die Anerkennung der für Österreich so nützlichen Einrichtung erzwingen. Aber nachdem er sein Ziel, die politische Demütigung Preußens durch die Aufgabe der Union und seine Rückkehr in den Bundestag, erreicht hatte, ver-

58) Zimmermann, S. 358.
59) Weber, S. 259 ff.
60) Bericht Kuefsteins vom 31. Oktober 1850 bei Gärtner, S. 107.

langte er keine Verpflichtung auf die Zolleinigung, sondern begnügte sich damit, dies Problem den „freien Konferenzen" in Dresden, auf denen Deutschlands künftige Gestaltung beraten werden sollte, zu überlassen. Das beweist wieder, daß der Zolleinigungsplan für ihn ein Mittel für seine politischen Zwecke und ihm der politische Sieg über Preußen die Hauptsache war.

III.

Die Verhandlungen im Jahre 1851 bis zum Abschluß des Septembervertrages.

Wenn Preußen so in bedeutend ungünstigerer Lage an den „freien Konferenzen" teilnehmen mußte, so war es doch gewillt, in der Zollpolitik wenigstens nicht nachzugeben. Das wurde in Wiesbaden wieder deutlich, wo seit Januar 1851 die Kasseler Generalversammlung fortgesetzt wurde. Die Bestrebungen der Mittelstaaten, Österreich und dem Bund Einfluß auf den Zollverein zu verschaffen, zeigten sich schon in dem bayerischen Vorschlag, die Fortsetzung der Konferenz nicht in Wiesbaden, sondern in Dresden stattfinden zu lassen, um die Verbindung mit den handelspolitischen Beratungen der freien Konferenzen herzustellen. Aber das wurde von Preußen abgelehnt. Im Februar stellte Sachsen den Antrag, keine Gegenstände zu behandeln, die der späteren Zolleinigung hinderlich sein könnten, also besonders Tarifänderungen, Regulierung der Durchgangszölle und Abschlüsse von Verträgen mit auswärtigen Staaten. Das hätte, wie der preußische Bevollmächtigte erklärte, bedeutet, daß innere Reformen des Zollvereins unmöglich gemacht wurden.[61]) Sachsen also, das noch im Vorjahr vor der preußischen Drohung mit der Kündigung zurückgeschreckt war, stellte nun durch die Ereignisse von Olmütz ermutigt von neuem die Rücksicht auf die Zolleinigung in den Vordergrund. Die Verhandlung über den nicht erledigten bayerischen Antrag fand erst im Juni statt; der preußische Vertreter wies noch einmal darauf hin, daß die verschiedenen Tarife eine zu große Schwierigkeit für die Verbindung mit Österreich bildeten; Sachsen stand auf Bayerns Seite. Es kam zu keinem Ergebnis. Schließlich einigte man sich im Schlußprotokoll vom 7. Juni 1851 dahin, daß Preußen, Bayern und Sachsen mit Österreich über einen Handelsvertrag verhandeln sollten, aber wie weit diese Annäherung im einzelnen gehen sollte, wurde nicht entschieden. Preußen hatte also erreicht, daß die Zolleinigung aus der Diskussion ausschied; die an Österreich grenzenden Staaten aber hatten ihren Anspruch, mit Preußen zusammen die Verhandlungen mit Österreich zu führen, durchgesetzt. Aber diese Entscheidung war

[61]) Weber, S. 264.

keine endgültige Bereinigung der Frage. Preußen mußte einen Weg suchen, auf dem es seine Wirtschaftspolitik ohne Rücksicht auf die mit Österreich verbundenen Süddeutschen führen konnte, da ja auch der Zweck der Konferenz, durch die Tarifrevision die Anziehungskraft des Zollvereins zu erhöhen, gescheitert war.[62])

Innerhalb des preußischen Kabinetts siegte jetzt die freihändlerische Richtung, zu der Manteuffel, der Ministerpräsident, sich bekannte, während sich der aus dem Rheinland stammende Handelsminister v. d. Heydt mehr für den Schutzzoll einsetzte. Mitte Januar 1851 drang Manteuffel mit der Ansicht durch, daß man den Zollverein mit dem Steuerverein und Mecklenburg, die beide dem Freihandel huldigten, vereinigen müsse.[63])

Wichtiger als die Wiesbadener Verhandlungen waren die Konferenzen in Dresden für die politische und wirtschaftliche Neugestaltung Deutschlands. Der Gegensatz zwischen Österreich und den Mittelstaaten einerseits und Preußen andererseits beherrschte sie.[64]) Preußen mußte versuchen, trotz seiner verschlechterten Stellung die Neuordnung Deutschlands so zu gestalten, daß es nicht in völlige Abhängigkeit von dem Willen Österreichs und seiner Trabanten geriet. Die Hauptaufgabe der Konferenz war, eine neue Bundesverfassung mit strafferer Exekutive zu schaffen. Natürlich beabsichtigte Schwarzenberg, Österreich zur ausschlaggebenden Macht darin zu machen, und schlug ein Direktorium vor, in dem Preußen und Österreich je zwei Stimmen, die vier Königreiche je eine, die beiden Hessen, Holstein und Luxemburg zusammen eine haben sollten. Da Österreich unbedingt auf die Königreiche rechnen konnte, wäre Preußen jederzeit durch die sechs Stimmen Österreichs und der Mittelstaaten überstimmt worden. Deshalb unterstützte Graf Alvensleben, der preußische Bevollmächtigte, die Kleinstaaten, die aus Furcht vor österreichischen und mittelstaatlichen Mediatisierungsgelüsten den alten Bundestag wiederherstellen wollten, weil er immerhin dem Direktorium vorzuziehen war. Um Österreichs Übergewicht zu verstärken, plante Schwarzenberg den Eintritt der Gesamtmonarchie in den Bund, aber Preußen forderte als Entgelt dafür das Alternat im Präsidium.

Auch in der dritten Kommission, die sich unter Bayerns Vorsitz mit den handelspolitischen Fragen beschäftigte, wurde im Grunde

62) Wie weit die Kluft innerhalb des Zollvereins schon war, zeigt die Äußerung des badischen Ministers v. Rüdt zu dem preußischen Gesandten v. Rochow bei einer Zusammenkunft in Heidelberg: Er erkenne zwar die Vorteile des Zollvereins an, aber zwischen Norden und Süden bestehe doch eine große natürliche Verschiedenheit (Bericht Rochows vom 9. Juni 1851, Posch. Pr. A. P. I, S. 176). Dabei stand Baden Preußen ziemlich nahe.

63) Posch. U. Fr. W. IV., I, S. 405.

64) Sybel II, S. 70 ff.

um dieselben Dinge gekämpft.[67]) Preußens Weg war von vornherein klar. Man wußte, daß die Zolleinigung den Verlust seiner Stellung als erste Macht im Zollverein bedeutete[68]), daß durch sie die Verbindung mit dem Steuerverein, die Lieblingsidee Delbrücks, erschwert, wenn nicht gar verhindert werden würde. Und ebenso standen die wirtschaftliche Verschiedenheit und die Unzuverlässigkeit der österreichischen Zollverwaltung im Wege. Aber es zeigte sich auch deutlich, daß der Zollverein durch das österreichische Projekt stark erschüttert war; die wirtschaftliche Neigung der süddeutschen Staaten für die Zollunion mit Österreich trat immer mehr zu tage[69]), so daß Preußen auch aus diesem Grunde erneut auf die Vereinigung mit den Staaten des Steuervereins hingewiesen wurde.[70])

Nach diesen Erwägungen handelten Preußens Vertreter in Dresden.

Der dritten Kommission waren Sachverständige beigegeben, die sich an den Verhandlungen beteiligen sollten. Für Preußen nahm Delbrück teil[71]), für Österreich Hock. Schwarzenberg wollte vorher noch einen Versuch machen, mit Preußen direkt eine Verständigung herbeizuführen, denn er erkannte die Gefahr für seine Pläne, wenn Preußen die Verbindung mit Norddeutschland gelang.[72]) Hock sollte deshalb von Dresden nach Berlin gehen und dort befürworten, daß sich alle deutschen Staaten gesetzlich zum Abschluß der allgemeinen deutschen Zolleinigung verpflichteten, und daß eine Kommission für einen Handelsvertrag gebildet würde, in dem der Eintritt der Zolleinigung auf einen bestimmten Tag festgesetzt werden sollte. Dieselben Vorschläge enthielt die Denkschrift, die Sachsen der dritten Kommission in Dresden vorlegte. Hocks Verständigungsversuch scheiterte an Manteuffels Widerspruch; er wollte auf keinen Fall dem Bunde Einfluß auf die Handelspolitik einraumen.[73])

Außer der sächsischen Denkschrift lag der Dritten Kommission

[67]) Zu ihr gehörten die Bevollmächtigten von Österreich, Preußen, Sachsen, Hannover, Württemberg, Baden, Oldenburg, Sachsen-Koburg-Gotha und Hamburg.

[68]) Denkschrift Delbrücks für Graf Alvensleben Dezember 1850 (B. A.) betr. „Vorschläge von Österreich wegen Anbahnung einer allgemeinen Zoll- und Handelsvereinigung".

[69]) So verteidigte die offiziöse „Neue Münchener Zeitung" in einer Artikelreihe die deutsch-österreichische Zollunion und setzte sich sogar für das Tabakmonopol ein (Bericht Bockelbergs vom 29. Januar und 1. Februar 1851 B. A.).

[70]) „Einige flüchtige Bemerkungen über den österreichisch-deutschen Zollverein" (B. A.). Verfasser nicht festzustellen.

[71]) Schwarzenberg, der in ihm seinen gefährlichsten Gegner erkannte, wünschte seine Beteiligung nicht (Delbrück I, S. 274).

[72]) Instruktion für Hock vom 27. Januar 1851 b. Gartner, S. 124.

[73]) Zimmermann, S. 359.

noch eine bayerische vor; beide stellten als Ziel die Zolleinigung durch den deutschen Bund auf, wenn auch im einzelnen auf verschiedenen Wegen. Da das Verhalten der preußischen Vertreter von der Absicht bestimmt sein mußte, „die materiellen Interessen außerhalb des Kreises der Bundesangelegenheiten zu halten“ [72]), wollten sie sich nicht an der Beratung über die beiden Schriftstücke beteiligen, sondern erklärten sich nur zur Verhandlung der in ihnen enthaltenen Einzelfragen bereit. Das nahm die Mehrheit an, und auf diese Weise wurden die Verhandlungen von den Sachverständigen geführt und ihre politische Seite geschwächt.

Um den Artikel 19 der Bundesakte, der die allgemeine Regelung des deutschen Zollwesens vorausah, endlich auszuführen, sollte eine Übereinkunft geschlossen werden, die aber, wie Delbrück [73]) sagt, „nach der Natur des Bundesverhältnisses und nach der bei früheren Veranlassungen kundgegebenen Auffassung der Bundesversammlung nur eine allgemeine, sämtliche Bundesstaaten ohne Unterschied verpflichtende und nur eine unkündbare, also ohne freie Zustimmung sämtlicher Bundesmitglieder unabänderliche“ sein konnte. Eine so feste Bindung machte natürlich den Abschluß eines solchen Abkommens sehr schwierig. Außerdem standen einer unkündbaren Übereinkunft die kündbaren handelspolitischen Verbände entgegen; infolgedessen konnte der preußische Standpunkt, die Handelspolitik dem Bunde praktisch zu entziehen, aufrecht erhalten werden. Schließlich wurde am 9. März 1851 ein Entwurf festgelegt, als dessen Ziel die Zolleinigung von ganz Deutschland aufgestellt wurde. Für 1858 nahm man Verhandlungen über Verkehrserleichterungen in Aussicht, denen dann die über die Zolleinigung folgen sollten. Die Unterzeichnung, an der Österreich und den Mittelstaaten sehr viel, Preußen natürlich gar nichts lag, sollte erst dann erfolgen, wenn der neue Tarif in Österreich eingeführt sei; aber obgleich der Entwurf in Frankfurt auf einer Nachkonferenz noch einmal durchberaten werden sollte, kam es nie dazu.[74]) Preußen hatte also den Versuch, die Zolleinigung durch den Bund durchzusetzen, erfolgreich abgewehrt.

Das Ergebnis der wirtschaftlichen Besprechungen war dem der politischen analog: Österreichs Plan, den preußischen Einfluß in Deutschland nach der Auflösung der Union nun völlig zurückzudrängen, war mißglückt. Es blieb zunächst alles beim alten: der alte Bundestag sollte wiederhergestellt werden - weil sich eine

---

[72]) Delbrück I, S. 278 ff.

[73]) S. Anm. 72.

[74]) Der Entwurf spielte noch bei der Wiener Zollkonferenz eine gewisse Rolle. Er bildete auch die Grundlage des österreichischen Handelsvertragsentwurfes (A) und des österreichisch-preußischen Handelsvertrages von 1853.

straffere Organisation bei der Rivalität der Großmächte als unmöglich erwiesen hatte — und auch die handelspolitische Lage Deutschlands blieb, wie sie war. Allerdings wollte Schwarzenberg, um ein ganz erfolgloses Auseinandergehen der Konferenz zu verhindern, vorher noch die Annahme von sechs Reformpunkten erreichen, die er in der Schlußsitzung vom 15. Mai vorbringen ließ. Unter ihnen befand sich auch die Zolleinigung. Aber über keinen Punkt konnte man sich einigen.[75]) Weder der geheime Allianzvertrag, den Preußen und Österreich am 16. Mai unterzeichneten, noch das gemeinsame Vorgehen der beiden Mächte in Kurhessen konnte darüber hinwegtäuschen, daß der Kampf um die Führung in Deutschland weiterging.

So veranlaßte Schwarzenberg am 16. Juni die Bildung eines Ausschusses am Bundestag, der die in Dresden entstandenen Materialien über die Zolleinigung behandeln sollte. Freilich trat Bruck gleich nach den Dresdener Konferenzen von der Leitung des österreichischen Handelsministeriums zurück. Vor allem bestimmten ihn dazu innerpolitische Gründe — so der Gegensatz zum Finanzministerium — aber er war wohl auch unzufrieden mit dem Schicksal der Zollpläne. Die Ausarbeitung des Tarifs ging ihm zu langsam vorwärts.[76]) Im Prinzip änderte sich an Österreichs deutscher Wirtschaftspolitik nichts, da ja Schwarzenberg seine Absichten weiter verfolgte, aber der neue Handelsminister, Baumgartner, setzte sich doch nicht mit solchem Elan dafür ein wie Bruck.

Sowohl die Dresdener wie die Wiesbadener Konferenz hatte gezeigt, daß die Mittelstaaten geneigt waren, Österreich einen Einfluß auf den Zollverein einzuräumen, den Preußen nicht dulden konnte. Daher nahm die Regierung jetzt die Verwirklichung des Planes in Angriff, den sie schon lange gehegt, aber noch nie hatte ausführen können: die Verbindung zum Steuerverein zu knüpfen. Wenn das gelang, konnte Preußen die Mittelstaaten des bisherigen Zollvereins entbehren, die sich jetzt darauf beriefen, daß es zum mindesten Kurhessen zur Verbindung seiner östlichen und westlichen Hälfte brauche und so ihren Wünschen wegen der Annäherung an Österreich nachgeben müsse. Dagegen konnte Preußen ihnen jetzt seinen Willen aufzwingen, wenn sie aus wirtschaftlichen und finanziellen Gründen den Zollverein fortsetzen wollten. Wenn nicht, war der wirtschaftliche Zusammenhang des Staates trotzdem durch Hannover gewahrt, Preußen konnte sich dann außerdem dem Freihandel zuwenden, was ja der Wunsch vieler Regierungsmitglieder und besonders der östlichen Landesteile war. Auch der Zeitpunkt war günstig: am 31. Dezember 1853 lief die Zollvereinsperiode ab; für den 1. Januar 1854 konnte also die Vereinigung mit dem Steuer-

[75]) Sybel II, S. 97.
[76]) Gärtner, S. 139.

verein abgeschlossen werden. Daß der Zollverein sich nach dessen niedrigeren Tarifen richten mußte, war von großem Vorteil für Preußen; denn das erschwerte praktisch die Zolleinigung mit Österreich, weil die österreichische Industrie noch nicht einmal die gegenwärtigen Tarife des Zollvereins vertragen konnte, geschweige denn die des Steuervereins. Außerdem hätten sich die norddeutschen Staaten nie dazu verstanden, ihre Tarife auf die von Österreich gewünschte Höhe heraufsetzen zu lassen. Der politische Gewinn aus dieser Verbindung für Preußen versprach also von entscheidendem Gewicht zu sein.

Es ist bezeichnend für den Optimismus, der Bruck anfänglich in der Zollsache beseelte, daß er 1850 die Vereinigung des Steuervereins mit dem Zollverein für günstig hielt, weil dadurch die freihändlerischen Tarife erhöht und so dem österreichischen Zollsystem angenähert werden könnten.[77]) Aber im Januar 1851, als in Berlin schon derartige Gedanken erwogen wurden, erkannte er ihre große Gefahr für seine Zollpläne. Gerade weil er die Widerstände der österreichischen Industrie kannte, durchschaute er auch die Unmöglichkeit des Vorschlages von Thun, der drohenden Gefahr selbst durch einen Handelsvertrag mit Hannover zuvorzukommen[78]), und er erhoffte allein von der direkten Verständigung mit Preußen noch die Rettung der allgemeinen deutschen Zolleinigung.[79]) Aber dies widersprach Schwarzenbergs politischem Ziel; er hätte dann Preußen politische Zugeständnisse machen müssen. Wieder zeigt sich hierbei der Gegensatz zwischen den beiden Männern: für Schwarzenberg war Österreichs Macht die Hauptsache, für Bruck die deutsche Einheit, die er wenigstens auf wirtschaftlichem Gebiet herbeiführen wollte.

Bis jetzt hatte die Verschiedenheit der Wirtschaftssysteme die Vereinigung Preußens mit dem Steuerverein verhindert. Die norddeutschen Küstenstaaten, in denen weniger die Industrie als Landwirtschaft und Handel maßgebend waren, sahen ihren Vorteil in möglichst niedrigen Tarifen und fürchteten Beeinträchtigung ihres Handels durch die schutzzöllnerischen Tendenzen Süddeutschlands. Schon 1848 hatte Braunschweig die Verbindung des Zollvereins mit den norddeutschen Staaten beantragt.[80]) Hannover hatte sich damals hinter dem Hinweis auf die Entscheidung des deutschen Parlamentes verschanzt. Aber auch in Frankfurt zeigte es sich nicht zum Anschluß geneigt. Eine gewisse Annäherung erfolgte, als es sich der Union anschloß und der politischen Einigung die wirtschaftliche folgen sollte. Aber mit der politischen Entfremdung verschwand auch der Wille zum handelspolitischen Anschluß. Die Gegnerschaft gegen die Union verband sich mit der der Freihändler. Eine Wendung trat

[77]) Bruck an Schwarzenberg 16. April 1850 b. Gärtner, S. 69.
[78]) Thun an Schwarzenberg 31. Januar 1851 b. Gärtner, S. 122.
[79]) Bruck an Schwarzenberg 26. Januar 1851, ebenda.
[80]) Zimmermann, S. 364 ff.; Sybel II, S. 153 ff.

erst ein, als das fiskalische Interesse eine Erhöhung der Staatseinnahmen erforderte, besonders für die seit 1848 geschaffenen Einrichtungen. Zu diesem Zweck sollten die Eingangszölle erhöht werden; das konnte man am besten durch den Anschluß an den Zollverein erreichen. Trotz der noch immer bestehenden politischen Abneigung, besonders des ganz österreichisch gesinnten Adels, gegen Preußen brach sich allmählich die Erkenntnis Bahn, daß Hannover sich wirtschaftlich an Preußen anschließen müsse.[81]) Vor allem der Generalsteuerdirektor Klenze trat seit 1848 für die Verbindung ein[82]), und er war es auch, der in Dresden die Verhandlungen begann[83]), die später in Görlitz fortgesetzt und in Magdeburg zum Abschluß gebracht wurden. Beide Teile wünschten die Verhandlungen, die mehrere Monate dauerten, unbedingt geheim zu halten, um nicht Österreichs Widerspruch zu wecken. Es hätte genug Wege finden können, um in Hannover gegen den Anschluß an den Zollverein zu wirken. Preußen legte so großen Wert auf die Verbindung, daß es Hannovers Forderung nach einem Präcipuum bei der Verteilung der Einnahmen bewilligte; Hannovers Anteil wurde um 75 % über das Verhältnis der Kopfzahl hinaus vermehrt, da seine Einfuhr bei dem niedrigen Tarif größer gewesen war, als sie voraussichtlich nach der Vereinigung mit dem Zollverein sein konnte. Auch Ermäßigung des Eingangszolls für bestimmte Waren wurden ihm zugestanden. Am 7. September 1851 wurde der Vertrag in Berlin unterzeichnet.

Die Aufnahme in beiden Ländern war geteilt. In Hannover verband sich sofort der Partikularismus, der die Zustimmung aller Zollvereinsstaaten forderte, mit dem Freihändlertum, das besonders von Hamburg aus angefeuert wurde[84]), wo man die Ausdehnung des Zollvereins bis vor die Tore der eigenen Stadt als Gefahr empfand. Umgekehrt waren es in Preußen die Anhänger des Schutzzolls, die der Vertrag mit Sorge erfüllte. So fürchtete v. d. Heydt für die preußische Industrie, da eine allmähliche Ermäßigung der Eisenzölle in Aussicht genommen war.[85])

Da der Vertrag erst mit Beginn der nächsten Zollperiode in Kraft treten sollte, hatte Preußen die Möglichkeit, durch die Kündigung des Zollvereins, für die die Frist am 1. Januar 1852 ablief, die übrigen Vereinsmitglieder zur Entscheidung zu zwingen. Und

[81]) Privatbrief des Regierungsassessors Rudloff an Manteuffel vom 4. März 1861, Posch. Pr. A. P. I, S. 119.

[82]) Zimmermann, S. 365.

[83]) Delbrück I, S. 282 ff.

[84]) Delbrück I, S. 298. Die „Hamburger Nachrichten" brachten zahlreiche feindliche Artikel gegen die Verbindung mit Preußen. Dieser Haltung blieben sie während der ganzen Krise treu.

[85]) Heydt an Manteuffel 19. August 1851 b. Posch. U. Fr. W. IV., II, S. 9.

es konnte den Sturm der Entrüstung abwehren, der sich unter den Mittelstaaten erhob, weil der Vertrag ohne ihr Vorwissen und ihre Zustimmung abgeschlossen war: Preußen hielt sich nicht für verpflichtet, die Zustimmung zu einem Vertrag zu erbitten, bei dessen Inkrafttreten es vielleicht schon nicht mehr an die Zollvereinsstaaten gebunden war.[86]

Die Wirkung des Vertrages konnte Delbrück bei den Beratungen des handelspolitischen Ausschusses in Frankfurt beobachten. Obgleich Preußen mit seiner Bildung nicht einverstanden war, war Delbrück doch als Sachverständiger dazu entsandt worden[87]); er und Bismarck waren aber der Ansicht, daß es bei der nochmaligen Beratung der Dresdener Übereinkunft auch hier zu keinem Abschluß kommen dürfe.[88]) Sie wurde noch einmal revidiert, aber über ihre Annahme konnte man sich wieder nicht einigen.[89]) Sie endeten auch diese Besprechungen am 20. Dezember erfolglos.

Der Zorn der Mittelstaaten richtete sich hauptsächlich gegen den heimlichen Abschluß des Vertrages mit Hannover, dann aber auch gegen die deutliche Hinwendung zum Freihandel.[90]) Ganz besonders aber fürchtete man den Machtzuwachs, den Preußen durch den Septembervertrag erhalten hatte. Hock, der als österreichischer Bevollmächtigter in Frankfurt tätig war, berichtete, der bayerische Vertreter v. Hermann[91]) sei mit ihm der Ansicht, „daß nur der Eintritt Österreichs in den Zollverein den Königreichen die Bürgschaft ihrer Selbständigkeit verbürge, und daß die Zustimmung zu diesem Eintritte Preußen nur zwangsweise durch einen partiellen Zollverein zwischen den Königreichen und Österreich abgedrungen werden könnte". Pfordten war entschlossen, den Vertrag nur mit Änderungen anzunehmen, außerdem beanspruchte er für die Süd-

86) Manteuffel an Schulenburg, den preußischen Gesandten in Kassel, 1. März 1852 (B. A.).

87) Bismarck meinte, es sei besser, wenn Preußen sich beteilige, damit es nicht scheine, als wolle es Verkehrserleichterungen in Deutschland verhindern. Seine Ansicht könne es trotzdem zur Geltung bringen (Ges. W. I, Nr. 35).

88) Ges. W. I, Nr. 41.

89) Friesen I, S. 256 gibt Preußen wieder die Schuld am Einspruch der Kleinstaaten gegen die Übereinkunft, an dem sie gescheitert sei. Es ist auch anzunehmen, daß Preußen alles aufwandte, um ihren Abschluß zu verhindern, ohne selbst illoyal zu erscheinen.

90) In Württemberg z. B. waren die Behörden zwar fast alle Anhänger des Zollvereins und Gegner der Vereinigung mit Österreich. Aber Preußens Verbindung mit den Nordseestaaten, die die Aufhebung der Schutzzölle zur Folge haben konnte, wurde als Grund zur Trennung betrachtet (Bericht des preußischen Gesandten v. Sydow vom 20. März 1851, B. A.).

91) Auszug aus Hocks Bericht im D. A.

deutschen das Recht, Österreich zu den Konferenzen über die Erneuerung des Zollvereins zuzuziehen, wenn Preußen Hannover teilnehmen lasse.[92]) Außer Bayern bekämpfte besonders Sachsen den Vertrag. Der auswärtige Minister, Freiherr v. Beust, wollte eine Unterredung mit Münchhausen, dem hannoverschen Ministerpräsidenten, herbeiführen, um ihn vom Septembervertrag abtrünnig zu machen. Aber Münchhausen lehnte ab: er könne sich nicht ohne Preußens Beteiligung über den Vertrag äußern.[93]) Auch Freiherr v. Friesen, der sächsische Innenminister, war über die Art des Abschlusses entrüstet und sah darin die Rache Manteuffels für das Mißlingen der Union. Trotzdem fand er den Vertrag politisch nicht ungünstig, weil durch ihn Preußens Übergewicht im Zollverein geschwächt werde; vor allem hielt er dessen Erhaltung aus wirtschaftlichen Gründen für unbedingt nötig. Seiner Meinung nach sollte Sachsen nur versuchen, einige wirtschaftliche Zugeständnisse zu erlangen.[94])

Während man in Bayern und Sachsen entschlossen war, sich gegen den Vertrag zur Wehr zu setzen, herrschte in den kleineren Mittelstaaten neben der Empörung doch auch Furcht für den Bestand des für die Staatsfinanzen so wichtigen Zollvereins.[95]) Hock bearbeitete deshalb auf einer Reise die mittel- und süddeutschen Höfe im Sinne der österreichischen Politik und suchte die Frankfurter Verhandlungen hinzuzuziehen, um in dieser Zeit möglichst viel auf Bayern und Württemberg einzuwirken. Der nassauische Minister Freiherr v. Wintzingerode und der kurhessische Bundesgesandte v. Trott gaben Bismarck gegenüber zu[96]), daß Hock in Wiesbaden und Kassel versucht habe, die Höfe für einen süddeutschen Zollverein zu gewinnen, weil Preußen mit seinem Zollverein die Mediatisierung der kleineren Staaten beabsichtige; auch in Baden suchte er in diesem Sinne zu wirken. In Nassau war man schon damals nicht sehr abgeneigt, sich auf solche Vorschläge einzulassen.

Gegen diese Machenschaften wandte sich der preußische Gesandte in Wien, Graf Arnim, aber Schwarzenberg leugnete, daß er dem Septembervertrag und der preußischen Stellung im Zoll

[92]) Bericht Rostitzs vom 8. Nov. 1851 b. Posch. Pr. A. P. I, S. 249.

[93]) Privatbrief Rostitzs an Manteuffel vom 2. Nov. 1851 ebenda S. 248.

[94]) Friesen I, S. 272 ff.

[95]) Das beweist auch Dalwigks Antwort auf die Mitteilung vom Abschluß des Vertrages (7. Okt. 1851 im D. A.), in der er sagt, da die Zustimmung der übrigen Zollvereinsstaaten nicht vorbehalten sei, müsse man sich vorläufig auf die Versicherung beschranken, daß die Darmstädter Regierung stets auf die Erhaltung des Zollvereins, freilich auf „billigen Grundlagen", sorgen werde.

[96]) Ges. W. I, Nr. 58, 70, 72.

verein schaden wolle. Der Unterstaatssekretär Baron Werner erklärte offener als sein Chef, daß der Abschluß des Septembervertrages „die Aussicht auf eine Verständigung aller deutschen Staaten in Handelssachen erschwert habe“ [97]), bezeichnete damit also den springenden Punkt für den Widerstand Österreichs und der Mittelstaaten.

Es war vor allem Preußens Bestreben, die Sache ganz innerhalb des Zollvereins zum Austrag zu bringen und auf keinen Fall die Einmischung des Bundes zuzulassen. Deshalb sollte Bismarck in Frankfurt so wenig wie möglich darüber sprechen, aber den österreichischen Bundesgesandten auf die Gefahr der Trias aufmerksam machen, die aus einem österreichisch-preußischen Zerwürfnis entstehen könnte.[98]) Denn im Grunde lag Österreich ebenso wenig wie Preußen etwas daran, den Mittelstaaten einen maßgebenden Einfluß in Deutschland, den sie aber gerade durch ihre Verbindung mit Österreich erringen wollten, zu gewähren.

Eine große Sorge für Preußen war der Thronwechsel in Hannover, der mit einer Regierungsänderung verbunden war. Auf das Ministerium Münchhausen hatte sich Preußen unbedingt verlassen können. Es stand zu befürchten, daß jetzt die partikularistischen und freihändlerischen Gegner des Zollvereins, die hauptsächlich im konservativen Lager saßen, maßgebend wurden. Indessen wollte die neue konservative Regierung gerade von Preußen in ihrer Richtung unterstützt werden, und Bacmeister, der für das Justizministerium in Aussicht genommen war, wollte den Vertrag möglichst schnell den Ständen vorlegen, um Preußen seinen guten Willen zu zeigen. Er meinte, sie würden ihn annehmen, wenn auch nicht mit Begeisterung. Die neue Regierung brauchte ebenso wie die alte erhöhte Einnahmen, und die gewährte ihr der Septembervertrag. Der neue Ministerpräsident v. Schele sagte freilich, er würde ihn nie abgeschlossen haben, jetzt aber werde er ihn gegen jeden Widerspruch halten.[99])

Preußen hatte nun durch den Abschluß mit Hannover den übrigen Vereinsstaaten gegenüber freie Hand bekommen.

---

[97]) Bericht Arnims vom 18. Nov. 1851 (B. A.).

[98]) Manteuffel an Bismarck 30. Nov. 1851 (B. A.).

[99]) Berichte Nostitzs vom 8., 14., 19. Nov. 1851 b. Posch. Pr. A. P. I, S. 249, 259, 267.

Quellen und Literatur.

Akten des Preußischen Staatsarchivs Berlin:
I A Ai 25, 26, 27, 28 (Verhandlungen mit Württemberg, Berichte aus Kassel und Darmstadt).
A A II, Vol. IX—XII (Verhandlungen über die Erneuerung der Zollvereinsverträge).
B Z 2, Vol. I (Berichte der preußischen Bundestagsgesandtschaft).
Akten des Hessischen Staatsarchivs Darmstadt:
Conv. 20, 21, 27—29 (Zollvereinsakten).
O. v. Bismarck, „Gesammelte Werke", Bd. 1, Berlin 1923.
Peter v. Meyendorff, „Ein russischer Diplomat an den Höfen von Berlin und Wien". Politischer und privater Briefwechsel 1826—1863, herausgegeben und eingeleitet von Otto Hoetzsch, Bd. 2 u. 3. Berlin und Leipzig 1923.
H. v. Poschinger, „Preußen im Bundestag 1851—1859", Bd. 1. Publikationen aus dem k. preußischen Staatsarchiv, Bd. 12. Leipzig 1882.
Derſ., „Bismarck und der Bundestag". Neue Berichte Bismarcks aus Frankfurt a. M.", Berlin 1906.
Derſ., „Preußens auswärtige Politik". Unveröffentlichte Dokumente aus dem Nachlasse des Ministerpräsidenten Otto Frhrn. v. Manteuffel, Bd. 1. Berlin 1902.
Derſ., „Unter Friedrich Wilhelm IV.", Denkwürdigkeiten des Ministerpräsidenten Otto Frhrn. v. Manteuffel, Bd. 1. u. 2. Berlin 1901.
Aus den Briefen des Grafen Prokesch v. Osten, k. u. k. österreichischen Botschafters und Feldzeugmeisters. Wien 1896.
Friedr. Ferd. Graf v. Beust, „Aus drei Vierteljahrhunderten", Bd. 1, 1809—1866. Stuttgart 1887.
R. Frhr. v. Dalwigk zu Lichtenfels, „Tagebücher aus den Jahren 1860—1871". Herausgegeben von Wilh. Schüßler. Stuttgart und Berlin 1920 (Deutsche Geschichtsquellen des 19. Jahrhunderts, Bd. 2).
Rud. v. Delbrück, „Lebenserinnerungen", 2 Bde. Leipzig 1905.
R. Frhr. v. Friesen, „Erinnerungen aus meinem Leben", Bd. 1. Dresden 1882.
Karl Frhr. v. Hock, „Österreichisch-Deutsches Zollbündnis". Österreichische Revue 1864, Bd. 1 und 2.
C. Albrecht, „Die Triaspolitik des Frhrn. K. A. v. Wangenheim" (Diss. Leipzig 1914). Stuttgart 1914.
Otto Brandt, „Mittelstaatliche Politik am Deutschen Bund nach der Revolution von 1848", Ztschr. f. bayer. Landesgesch. 2, 1929.
Eugen Franz, „Der Entscheidungskampf um die wirtschaftspolitische Führung Deutschlands (1856—1867)". Schriftenreihe zur bayer. Landesgesch. München 1933.
Derſ., „Dönniges und König Max. II. in der deutschen Frage", Ztschr. f. bayer. Landesgesch. 2, 1929.

Derſ., „Ludw. Frhr. v. d. Pfordtens Kampf gegen den preußiſch-franzöſiſchen Handelsvertrag v. 29. März 1862". Forſch. z. brandenb.-preuß. Geſch., Bd. 44, 1. Hälfte, S. 133 ff.

H. Friedjung, „Öſterreich von 1848—1860", Bd. I u. II, 1. Stuttgart u. Berlin 1908, 1912.

A. Gärtner, „Der Kampf um den Zollverein zwiſchen Öſterreich und Preußen v. 1849—1853", Straßb. Beitr. z. neueren Geſch., Bd. IV, 1. u. 2. Heft. Straßburg 1911.

Friedr. Wilh. Lange, „Bismarck und die öffentliche Meinung Süddeutſchlands während der Zollvereinskriſe 1850—1853". Diſſ. Gießen 1922.

Fr. Meinecke, „Radowitz und die deutſche Revolution". Berlin 1913.

Theodor Schiemann, „Geſchichte Rußlands unter Kaiſer Nikolaus I.", Bd. 4 (Kaiſer Nikolaus vom Höhepunkt ſeiner Macht bis zum Zuſammenbruch im Krimkriege 1840—1855). Berlin und Leipzig 1919.

Franz Schnabel, „Deutſche Geſchichte im 19. Jahrhundert", 3 Bde. Freiburg i. Br. 1933/34.

H. Ritter v. Srbik, „Metternich, Der Staatsmann und der Menſch", 2 Bde. München 1925.

Derſ., „Deutſche Einheit, Idee und Wirklichkeit vom Heiligen Reich bis Königgrätz", 2 Bde. München 1935.

H. v. Sybel, „Die Begründung des Deutſchen Reiches durch Wilhelm I.", Bd. 2. München u. Leipzig 1899. 7. Aufl.

W. Weber, „Der deutſche Zollverein". Leipzig 1869.

A. Zimmermann, „Geſchichte der preußiſch-deutſchen Handelspolitik". Oldenburg u. Leipzig 1892.

Lebenslauf.

Ich bin am 28. Dezember 1910 als Tochter des Universitätsprofessor Dr. Gustav Roloff und seiner Gattin Else, geb. Burmester, in Gießen geboren. Ich gehöre dem evangelischen Bekenntnis an. Nachdem ich von Ostern 1917 bis Ostern 1924 die Vorschule und Höhere Mädchenschule zu Gießen besucht hatte, trat ich Ostern 1924 in die Untertertia des Landgraf-Ludwigs-Gymnasiums zu Gießen ein, an dem ich im Februar 1930 die Reifeprüfung bestand. Hierauf studierte ich Geschichte und alte Sprachen vom Sommersemester 1930 bis Sommersemester 1931 in Gießen, im Wintersemester 1931/32 in Berlin, im Sommersemester 1932 in Gießen, im Wintersemester 1932/33 in Frankfurt a. M. und im Sommersemester 1933 und Wintersemester 1934 in Halle. Im Februar 1935 bestand ich das Staatsexamen in Halle. Von Ostern 1935 bis Ostern 1936 war ich als Studienreferendarin an der Elisabethschule in Marburg a. L., von da ab an der Schillerschule in Frankfurt a. M., wo ich im Februar 1937 die pädagogische Prüfung bestand. Seit Ostern 1937 gebe ich an derselben Anstalt meine Pflichtstunden als Assessorin.

Allen meinen akademischen Lehrern bin ich zu großem Dank verpflichtet, ganz besonders Herrn Professor Herzfeld, der mich bei der Abfassung meiner Arbeit stets mit seinem Rat unterstützt hat.